


Lothar Nettelmann

**Bildung von Stereotypen
anstatt Neuanfang -
weder Antifaschismus
noch Bewältigung?**

Lothar Nettelmann

Bildung von Stereotypen
anstatt Neuanfang –
weder Antifaschismus noch
Bewältigung?

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Heft 38

ISBN 978-3-89819-262-0

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2007

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Redaktion / Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH

Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Inhalt

1. Vorüberlegungen	5
1.1. Zur Gesamtproblematik des Gegenstands	5
1.2. Zur Begriffsproblematik und Definitionsproblemen	9
1.3. Gedanken zur DDR	12
1.4. Utopie-Denken	14
2. Entnazifizierung	15
2.1. Ansätze und Umkehrung	15
2.2. Entnazifizierung am Beispiel Niedersachsen/Hannover	16
3. Entwicklungsschritte zusammengefasst – zeitgeschichtlicher Abriss	20
4. Der schwere Umgang mit der Vergangenheit	23
4.1. Aspekte aus der Nachkriegszeit – Wahrnehmung und Gefühle	23
4.2. Täter/Opfer-Beziehungen	26
4.3. Gedenktage	27
4.4. Bewältigung	28
4.5. Der Umschlag	30
5. Erklärungsversuche	32
5.1. Wahrnehmung und eigenes Leiden	32
5.2. Zurück zum Jahr 1945 – Umerziehung	38
5.3. Folgen in der Nachkriegszeit	39
5.4. Erklärungsansätze zur Nichtbewältigung	40
5.5. Verdrängungsmechanismen?	44

6. Betrachtungen der Zeitgeschichte	49
6.1. Wechselwirkungen in den Wahrnehmungen	49
6.2. Bildung von Negativstereotypen: zur Ableitung und Ablenkung – Wirkungen bis heute?	51
6.3. Abschließende Betrachtungen	55
7. Internationaler Rahmen	58
7.1. Zur Funktionalität des »Kalten Krieges« – Machtdifferentiale	58
7.2. Internationaler Bezug und Rüstungsökonomie	62
8. Tabu – Phänomen – Phantom	63
9. Zum Schluss: die Abkehr in das Positive	65
10. Didaktischer Anhang	69
10.1. Didaktische Fragen als Leitfragen zum Einstieg	69
10.2. Didaktische Fragen zur Behandlung im Unterricht oder in Seminaren	71
10.3. Zusammenfassende Thesen	73
Über den Autor	74

Zu Belegen, warum etwas geschehen ist, ist leicht abzuleiten – warum dasselbe nicht geschehen ist, dagegen schwer.

1. Vorüberlegungen

1.1. Zur Gesamtproblematik des Gegenstands

Es fällt nicht leicht, ein differenziertes Bild darzustellen von einem komplexen Zusammenhang, der nicht nur vielschichtige innere Wechselbeziehungen im westlichen und östlichen Nachkriegsdeutschland aufweist, sondern zusätzlich über die zurückliegende Zeitachse der Jahre 1933–1945 eine hochgradige Problematik mit sich führt.

Dies schließt die deutsche Schuld und damit die Verantwortung der deutschen Gesellschaft ein: der »Nazis«, ihrer »Helfer« und »Mitläufer«.¹ Die unmittelbaren Folgen des Krieges: *Gebietsabtretungen, Umsiedlungen, Flucht, Vertreibung* und *Gewalttaten* sind die Begriffe, die dieses abdecken. Als weitere neue Rahmensituation mit erheblicher Binnenwirkung ist die »Ost-West-Konfrontation« zu nennen, die steigende Spannung im »Kalten Krieg«, die schon in der frühen Phase (ab 1946/47) psychische wie politische Brisanz aufweist und bald in schwere militärische Gewaltkonflikte mündet (China, Korea, Nah-Ost, Vietnam: die »Stellvertreter-Kriege«).

1 Das Problem bedeutet u. a., dass Personengruppen – hier Faschisten/Nationalsozialisten – versuchten, sich selbst über eine Ideologie zu definieren. Vernachlässigt wird dabei in der wissenschaftlichen wie öffentlichen Betrachtung der Primat sozialstruktureller Zuordnung. Es wird zumeist außer Acht gelassen, dass das Ideologie-Konstrukt selbst ein Ideologem darstellt: ein Sammelsurium vielfältiger Bruchstücke aus Ideologien und Antiideologien (vgl. u.). Es sollen dabei nicht die Menschen betrachtet werden, die als »kleine Nazis« einer menschenverachtenden Ideologie verfallen sind. Ein wissenschaftlich nicht hinreichend gelöstes Problem ist die Untersuchung des Genannten, die Offenlegung des Wissens um das Geschehene und diejenigen, die dieses verdrängt oder negiert haben. Und hier setzt bald das Problem der juristischen Beschäftigung mit diesen Personen ein. Zu beachten ist dabei: Wer sind die zu *beurteilenden* und wer die *Urteilenden*?

Jeglicher Argumentations-Strang, jede Detail-Darstellung ist damit direkt mit diesen Abläufen verbunden. Im Zusammenhang mit dieser Thematik stellen sich mancherlei Fragen. Im Kern handelt es sich um deutsche Schuld und die Konsequenzen daraus. Es ist das Geschehen, das als »das Böse« des 20. Jahrhunderts schlechthin bezeichnet werden kann und das für immer mit dem deutschen Namen verbunden ist. Eine Fülle wissenschaftlicher Publikationen, mehr noch von Essays, Film- und Bilddokumentationen, Talkshows und Meinungsäußerungen, auch aus unberufenem Munde, liegen vor oder prasselten im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestages des Kriegsendes auf Leser, Hörer und Zuschauer hernieder.

Im vorliegenden Themenkomplex stellt sich die Problematik eines mehrdimensionalen Interdependenz-Geflechtes. Historiographische Methoden, Teilaspekte zu separieren und zu betrachten, versagen dabei oftmals. Es können schwerlich Teilaspekte ausgeblendet werden, um exemplarisch die Prinzipien herauszuarbeiten. Unstrittig ist, dass die Zeitachse stets gegenwärtig bleiben muss.

Es sollen aus dem Rückblick der jüngsten Zeit unter Verzicht auf den Anspruch *systematischen Vorgehens* und *Vollständigkeit* paradigmatisch erscheinende Sachverhalte präsentiert werden, um zu einem Netz zu kommen, das wesentliche Ansätze enthält. Die Betrachtung muss aus der Distanz heraus erfolgen. Es muss dabei immer gegenwärtig bleiben, dass es sich um einen höchst komplexen Zusammenhang handelt. Die moralisch tiefgehende Frage ist dabei: Warum sind Menschen einerseits sehr wohl in der Lage, andererseits aber nur schwer dazu zu bewegen, über Taten – in die sie selbst mehr oder weniger direkt oder indirekt involviert waren – *nachzudenken*, sie *aufzuarbeiten*, ggf. *Reue zu zeigen* und das *Geschehene zu bewältigen* und in *ethisch positiv zu wertendes Handeln umzusetzen*?

Antworten müssen in erster Linie im gesellschaftshistorischen For-schen gesucht werden. Ob sie gefunden werden können, hängt von vielerlei Bedingungen ab: in erster Linie späteren, gar abgeleiteten Macht-beziehungen. Die beliebte populistische Methode ist die des Vergleiches, gar der Relativierung. Ist erstere zwar inhaltlich strittig und methodisch problematisch, so ist letztere gänzlich verwerflich. Man muss aber von der grundlegenden Feststellung ausgehen, dass nicht jeglicher »Ismus« per se böse ist. Ein solcher stellt in der Regel eine ideologische Überformung menschlichen Handelns dar: Scheinlegitimierungen wie auch Pseudobegründungen, also vorgeblich historisch »abgeleitete« Gedanken-Konstrukte u. v. a. mehr. Es ist das zurückliegende bzw. ablaufende oder schon wieder in der Perspektive befindliche Handeln,

das zu bewerten ist. Es ist das Handeln von Menschen, das diese bewusst tun und vollziehen, sei es *verblendet*, *manipuliert* oder auch aus *niederen Beweggründen*, wie es Juristen oftmals unerklärt formulieren!

Die nicht weg zu drängende Frage ist dabei, welche *historischen Beispiele* gibt es für bewusste, individuelle, kollektive Taten. Eines ist allen diesen Untaten gemein: Sie stehen jeweils in Verbindung zu vorher begonnenen, während der Taten ablaufenden und im Nachhinein gerechtfertigter anderer Taten. Letzteres gilt zweifellos für die Sieger! Besiegte Täter werden in der Geschichte selten bestraft. Zumeist erfolgte eine Ex-Post-Legitimierung als geradezu »klassische« Methode. Es drängt sich die Frage nach den Beispielen auf: Die Massentaten, Versklavungen, Unterdrückungen oder das in totale Abhängigkeit bringen ganzer Völkergruppen in der Antike? Die Geschehnisse sind historisch abgelegt. Sie werden oftmals als Mythen lebendig gehalten und auch in religiöse Symbolsysteme transponiert.

Je nachdem wie es passte, wurden dabei Geschehnisse des Altertums und Mittelalters – soweit sie sich mit den Herrschaftsbereichen des 19./20. Jahrhunderts verknüpfen ließen, zu Heldenverkörperungen hoch stilisiert oder in die Abteilung der Kulturgeschichte »verschoben«. Dies gilt für Taten von der Völkerwanderung über das Mittelalter hinaus bis hin zur Neuzeit. Konstruierter Heldenmythos statt Bewältigung! Beispiele sind die »Landnahmen« ungarischer und türkischer Stämme weit westlich ihrer früheren Lebensbereiche als Nomaden. Die Wanderungen erstreckten sich dabei jeweils über mehrere Jahrhunderte. Schlimmer dann die gewaltsame Inbesitznahme von Kolonien, gerechtfertigt in der Regel als »Kulturbringen«² oder als Glaubensausbreitung legitimiert, d. h. als im »höheren Auftrage« erfolgte *Missionierung*. Betrachtenswert ist dabei: Warum und wem zu »Ehren« sind Denkmäler aufgestellt worden? Wann sind die entsprechenden Geschichten, Erzählungen, Romane, Gedichte und Lieder – nicht zu vergessen die vielen Schlachten-Gemälde – produziert worden? Und – letztlich das Wichtigste – warum geschah dieses? Andere Untaten – hier oftmals in religiöser Verstrickung erfolgt – wie die sog. Inquisition und das durch Katholiken wie Protestanten gnadenlose willfährige Töten von Frauen in West-Mittle-

2 In Frankreich und Spanien rechtfertigt man bis heute den Kolonialismus damit, die eigene (höhere) Kultur überbracht zu haben. In der nationalistischen geprägten deutschen Geschichtsschreibung erfand man den Begriff des *Kulturdingers* für die sog. *Ostkolonisation*. Letzterer Begriff fand sich noch lange in der Literatur der Flüchtlinge und Vertriebenen.

uropa wurden ad acta gelegt. Es gibt aber nach wie vor Versuche, diese historisch und sozial-psychologisch aufzuarbeiten. Eine Schuldzuordnung oder gar eine individuelle Täterfeststellung ist in der Regel nicht mehr möglich. Bezüglich der »Schreib-Pult«- oder »Altar-Täter« ist sie niemals wirklich gewollt gewesen.

Warum diese umfangreiche Gedankenführung? Die Taten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nicht ohne historischen Bezug im 19. Jahrhundert denkbar. Die Jahre von 1933–1945 sind keine zeitliche Insel. Das Geschehen darin ist keine in sich abgeschlossene *Entität*.

Es gibt Gründe, das im deutschen Namen Geschehene oder von Deutschen (auch von »Nachbarn« in deutschen Uniformen) begangene Unrecht als eine gewisse *Einmaligkeit* zu sehen, sie damit aber *unvergleichbar* und zugleich *unwiederholbar* zu machen. Auch wenn die Genozid-Forschung die Mechanismen und Methoden untersucht und die *Besonderheit* in das Geschehen anderer Täter in anderen Regionen einordnet, so mag die Einschätzung »bei uns« bestehen bleiben. Drückt sie doch das *Ungeheure* und zugleich *Unfassbare* aus.

Da sind viele Millionen Opfer im innerchinesischen Krieg, bei dem Mao Tse Tung als selbstdefinierter Revolutionär siegte. Nicht zu vergessen die Opfer in den Hungerkrisen Chinas, die als »blaue Ameisen« beschriebenen Industrie-Arbeiter, die mehr oder weniger Arbeitsklaven waren, dann die Millionen Opfer der sog. Kulturrevolution. Für den gesamten Zeit des »Kalten Krieges« wird eine Millionen zählende Zahl der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft genannt. Erwähnt werden müssen die Opfer von Flucht und Vertreibung, wobei sprachlich und mental bei Letzteren die (als solche wahrgenommene) eigene Opferrolle als *Flüchtlinge* und *Vertriebene* im Vordergrund stand und es somit auch nicht ortbare Täter geben musste ohne eingrenzende Zuordnung.

In Westdeutschland hat man lange Zeit den Blick »rückwärts« versperrt und verschleiert durch den Blick auf die jeweilige Aktualität. Gezielt erwähnt wurde in der Zeit des »Kalten Krieges« die Wiederbelegung früherer Konzentrationslager in Polen und der SBZ und damit die Existenz neuer Opfer als ein instrumentalisierbares »Gegengewicht«.

Nach der Öffnung zunächst durch Glasnost und Perestrojka sowie dem endgültigen historischen Abgang der Sowjetunion berichteten russischsprachige Migranten, dass die Zahl der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft bei 50 Millionen in den russischen Medien diskutiert würden. In den deutschen Medien las man zumeist Zahlen von 20 bis 30 Millionen. Die Frage nach der Quantifizierung der Opfer ist dabei nicht entscheidend. Die Frage ist stattdessen: Wie kann man an-

gesichts dieser Überflutung von Informationen, der Überfrachtung von Menschen mit kaum überprüfbaren Daten, mit wahren, halbweisen oder vollständig gefälschten Aussagen – zudem kaum korrekt beweisbar – und andererseits dem Verdrängen, Abschwächen, Vergessen durch Überlagern neuer, gar existentieller Probleme das Geschehene bewältigen? Es bleibt oftmals wenigen Intellektuellen und Personen mit Ich-Stärke vorbehalten.

1.2. Zur Begriffsproblematik und Definitionsproblemen

Zunächst müssen die Wurzeln der DDR-Definition des »Antifaschismus« genannt werden. Sie fußt auf dem Kampf der 20er Jahre, der große Teile der Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD sowie linker intellektueller Gruppen gegen die Nazi-Organisationen einschloss und damals vor allem gegen die SA politisch-ideologisch wie physisch gerichtet war.

Der Kampf entwickelte sich nach der Machtübernahme durch die Nazis ab 1933 zu einem allgemeinen politischen Kampf. Dazu gehörte alles, was unter den Begriff »Widerstand« subsumiert werden kann, von der Unterdrückungs- und Entrechtungsituation in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern bis hin zu den Methoden des propagandistischen Untergrundkampfes gegen den »Faschismus«, gegen den Krieg in Städten und Betrieben.

Aus all dem hat sich nach 1945 ein umfassendes, geistig geschlossenes System herausgebildet, das ein wesentliches Element darstellte für die SED zur Legitimierung des *Neuen* in der SBZ/DDR – dem installierten sozialistischen System. Es war damit eine tragende Säule zur Legitimierung der DDR selbst.

Zugleich wurde der »Antifaschismus« zu einer geistigen Grundhaltung in Segmenten der Jugend. Er bedeutete ein zentrales Erziehungsziel der staatsbürgerlichen Erziehung. Auf diesen Ansatz sind Menschen der heute älteren Generation der ehemaligen DDR noch stolz. Es war für sie eine Frage der Ehre – in ihrem wohlverstandenen Sinne zu Recht. Instrumentalisiert wurde der »Antifaschismus« in den Jugendorganisationen der DDR. Dadurch erhielt der »Antifaschismus« das, was in anderen Zusammenhängen als Dogma, als zentraler Glaubensgrundsatz eingeordnet wird. Er erhielt damit den Rang des unangefochten Positiven und als Folge das Tabu des Hinterfragens. Dieses erschwerte und lähmte wiederum die Diskussion zwischen »östlicher und westlicher Sprache.«

Die Begriffe »Faschismus«³, »Deutscher Faschismus« und »Nationalsozialismus« wurden grob der jeweiligen »östlichen bzw. westlichen Blickrichtung« zugeordnet und in dessen Folge in entgegen gerichtete Denkschemata und Argumentationsmuster einbezogen. Es handelt sich aber keinesfalls um eine Frage der Begriffe »Supermarkt« oder »Kaufhalle«. Unglücklich ist dabei, dass der westdeutsche »übliche Sprachgebrauch« vom »Nationalsozialismus« bzw. dessen Adjektiv unreflektiert als *Terminus technicus* benutzt wurde. Dies ist insofern prekär, als diese die Nazi-Ideologie selbst repräsentierende Wortschöpfung einen spezifischen Ausdruck der Nazi-Terminologie darstellt. Deutlich werden die Probleme, wenn Angehörige unterschiedlich eingeübt und verinnerlichter Diskurs-Kultur miteinander über die Problematik sprechen und dabei nicht genügend Distanz zum eigenen Duktus finden.

Als Problem der Definition und des Umgangs mit dem »Faschismus« stellt sich der enge Zusammenhang bzw. die Wechselbeziehung mit den verschiedenen »Kapitalismus-Definitionen« dar. Die relativ »homogene« Sichtweise des Kapitalismus in der DDR basiert zunächst auf marxistisch-leninistischen Definitionen und dann wesentlich auf der ökonomischen »Faschismus-Definition« der KPD der späten zwanziger Jahre i. S. des »Faschismus« als *Produkt des Monopol-Kapitalismus*. Die darin enthaltene Pauschalisierung von Grobdefinitionen sind die Träger und Reproduzenten dieser marxistischen Schule in der DDR nie »los geworden«.

Es vertieft sich in diesem Zusammenhang der Eindruck, dass das Problem der Abkoppelung von Antikapitalismus-Diskussionen in Westeuropa, oder auch der Entwicklung des Euro-Kommunismus bzw. der reformkommunistischen Ansätze in einigen Ländern des damaligen »Ostblocks« (Ungarn, CSSR, Polen, auch Jugoslawien) von den DDR-Intellektuellen nicht in ihre Diskurse einbezogen wurden, nicht werden konnten oder durften. In Diskussionen mit erklärten Antifaschisten der ehemaligen DDR wird deren Haltung deutlich. Sie haben ein relativ fest gefügtes Weltbild und eine starre Sichtweise, die heute nicht mehr hinterfragt werden kann. Man spürt dabei, dass die Ehrenhaftigkeit ihres

3 Der Begriff des »Faschismus« (it.: Fascismo) ist als kennzeichnendes Symbol sprachlich abgeleitet von den *Faschinen* (it.: *fascina*, *Reisbündel*). Die »Faschi« waren ursprünglich rechtsradikale Gruppen in Italien nach 1919, später die Ortsgruppen der *faschistischen Partei*. In seiner Ideologie umklammert der »Faschismus« die Ideologie des *Nationalismus* bzw. *Chauvinismus* und des von ihm als solchen bezeichneten *Sozialismus*. Er unterscheidet sich somit vom deutschen »Faschismus« nicht im Prinzip!

engagierten antifaschistischen Ansatzes tangiert wird. Dieses führt leicht zu mentalen Verletzungen, die angesichts anderer erfahrener Brüche und Demütigungen seit 1989 schwer ertragen werden und zu entsprechenden Abwehrhaltungen führen können.

In der westdeutschen Diskussion wurde der »Antifaschismus« als eine geistig-politische Grundlage angesehen und keinesfalls als ein geschlossenes mit konkreter Zielrichtung verbundenes System. Ziel war dort die Ablehnung des *Gewesenen*, die Verhinderung der Wiederkehr des *Bösen* von Nazi- und Kriegszeit. Es muss klar gesagt werden: Bezüglich der Inhalte bestand ohne Zweifel ein Grundkonsens. Keine Seite darf deshalb für sich ein »Mehr« reklamieren. Der Dissens bestand und besteht in der Begrifflichkeit und Umsetzung!

Die Diskussionen in der Endphase des Krieges und der frühen Nachkriegszeit waren orientiert an der Sicherstellung einer *Verhinderung* der *Wiederholung* des *Geschehenen*. Alle anderen politischen Ziel-Diskussionen waren *demokratischen Prinzipien* und *pluralistischen Ansätzen* zugeordnet.

Die in der DDR gegebene untrennbare Beziehung »Antifaschismus« und »Antikapitalismus« war in Westdeutschland zwar in der frühen Nachkriegszeit in Ansätzen durchaus gegeben, verlor dann aber zunehmend an Bedeutung. Die Beziehung erreichte eine Renaissance in der linken Studentenbewegung, der »Apo« und in den Zirkeln linker Intellektueller. Der »Antifaschismus« hat – realistisch betrachtet – nie einen hohen und folgewirksamen Stellenwert erreicht.

Das heutige Problem, in wie weit Elemente der Faschismus-Definitionen (der 20er/30er Jahre) sowie der »Antifaschismus-Diskussion« der 40er Jahre geeignet sind, neofaschistische Ansätze zu erfassen und die entsprechenden Neonazi-Bewegungen zu bekämpfen, ist durchaus bedenkenswert, muss aber im gg. Kontext ausgeblendet werden.

Die DDR basierte in ihrer Kapitalismus-Definition auf der marxistischen Gesellschaftsanalyse des 19. Jahrhunderts und der Praxis gesellschaftlicher Erfahrungen der 20er Jahre. Aufgrund von Abgrenzung und Wahrnehmungseinengung sind die Elemente der Entwicklung der »Sozialen Marktwirtschaft« an der diesbezüglich uninformierten Gesellschaft vorbeigegangen. Folglich verblieb die enge Definition. Ein Problem in der Gesellschaft der DDR war der Mangel an differenzierter und distanzierter Wahrnehmung des Weltgeschehens, vor allem im Westen.

1.3. Gedanken zur DDR

Die DDR hat sich sehr schnell ausgeblendet, Bestandteil des deutschen Volkes der Täter⁴ zu sein. Die Untaten wurden eher der westdeutschen Gesellschaft zugeordnet. Die Schuldzuweisungen waren pauschal mit *westdeutsch* sowie mit dem Kürzel »BRD« verbunden. Im Westen Deutschlands wurde dieses als Affront wahrgenommen und im Gegenzug des eskalierenden Schlagabtausches erwidert. Der politischen Klasse der DDR – man bezeichnete sie als »Machthaber« oder »Pankow-Regime« – wurde *Unwahrhaftigkeit* und *Heuchelei* unterstellt. Die Folge war, die DDR wurde unglaublich bezüglich der von ihr postulierten Ziele.

Heute ist eine erhebliche Diskrepanz feststellbar zwischen dieser Zuordnung des staatlichen Systems der DDR und den o. a. Wahrnehmungen und Gefühlen der Menschen. Die jetzt im hohen Rentenalter befindlichen Menschen verstehen dieses oftmals nicht, fühlen sich unverstanden und zu Unrecht behandelt ob der damals von ihnen mit Überzeugung postulierten positiven Ziele. Sie leiden erheblich unter diesen Spannungen. Dazu gehörte auch der Sachverhalt, dass das Regime die historische Hypothek negierte und leugnete, ebenfalls »alte Nazis« in verantwortlichen Positionen beschäftigt zu haben. Auch dadurch wurde die DDR im Westen unglaublich. Hinzu kam, dass die Bevölkerung dort aufgrund des Informationsmonopols in wesentlichen Bereichen uninformiert war.

Sehr nachteilig wirkten sich für sie die gegen den damaligen Bundespräsidenten Lübke erhobenen Vorwürfe aus, während des Krieges als Bauingenieur die Baracken (als Pferdeställe deklariert) für Auschwitz entworfen zu haben. Heinrich Lübke hat sich leider nie eindeutig gegen diese abstrusen Vorwürfe gewehrt, die sich nach 1990 aufgrund der gefundenen Akten als üble Fälschungen der Stasi herausstellten. Es war übrigens die Zeit der Aufarbeitung der NS-Zeit in Westdeutschland und der Beginn des Normalisierungsprozesses. Es muss unterstellt werden, dass dieser gestört werden sollte. Es handelte sich nicht um verzeihliche Irrtümer oder Propaganda-Spielereien. Es gehörte zu den Mechanismen, die die DDR letztlich im historischen Rückblick für immer diskreditiert haben.

4 Dieses ist nicht verstanden im zuweilen benutzten Begriff des »Tätervolkes« der eine pauschale Verurteilung impliziert und als unwissenschaftlich und unseriös zurückzuweisen ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die These, dass die genannten politisch unsinnigen Aktionen die ersten Hinweise darauf sind, dass die Experten in der DDR die Unmöglichkeit ihres »Überlebens« ihres »besseren« *Alternativmodells* als *Staat* oder *System* erkannten. Sie signalisieren indirekt das Scheitern des von ihr als solchen bezeichneten »realen Sozialismus« als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Beleg dafür kann sein, dass sich in allen damaligen »RGW-Ländern«, den »Ostblockstaaten«, wie sie im Westen pauschalisiert wurden, aufgrund ihrer beginnenden Staatsverschuldung durch Kreditaufnahmen in westlichen Hartwährungen und dem sich abzeichnenden immer größer werdenden technologischen Rückstand auf nahezu allen Ebenen die Tendenzen den technischen und ökonomischen Experten mit Sicherheit bewusst waren und die Anzeichen für Eingeweihte unübersehbar gewesen sein müssen.

Die DDR-Machtelite, die SED und letztlich die Legitimationsgrundlage der DDR ist durch derartige Taten moralisch erschüttert worden, wenn auch einem hohen Anteil der DDR-Bevölkerung dieses aufgrund der Abschottung und des Propagandaapparates bzw. der Fälschungsinstrumentarien der Stasi vorenthalten worden war und nicht in deren Bewusstsein gelangen konnte.

Leider, so muss aus der Sicht der westeuropäischen Linken gesagt werden, ist durch die Praxis im »realen Sozialismus« der gesamte Sozialismus als Idee geschwächt worden. Gern haben bürgerliche bzw. »westliche« Kreise dieses im politischen Kampf ausgenutzt.

Das DDR-Selbstbild vom »hehren« wie moralisch besseren »Antifaschismus« ist heute im Bewusstsein der Bevölkerung stark erschüttert. Sie wird tendenziell als selbstlegitimatorische »Selbstbespiegelung« angesehen. Es macht trotzdem traurig, dass diejenigen, die aus Überzeugung das Bessere wollten und dafür gearbeitet haben, heute nicht angemessen gewürdigt werden und politisch marginalisiert sind.

Bezogen auf die DDR-Machtelite wird der Komplex des »Antifaschismus« in Westdeutschland gern als eine »Lebenslüge der DDR« apostrophiert. Bezüglich eines großen Teiles der früheren DDR-Gesellschaft, die in der Tradition des Widerstandes gegen den »deutschen Faschismus« und die NS-Diktatur steht, muss aber die Ehrenhaftigkeit und Lauterkeit, aus Überzeugung das Böse auf Dauer bekämpfen zu wollen und das Bessere aufzubauen, konzediert werden.

1.4. Utopie-Denken

Ein Ansatz zur Erklärung der Verhaltensmuster bezüglich der Einschätzung und des Umgangs mit dem Antifaschismus sind Form, Inhalt und Ziel des Utopie-Denkens. In der SBZ/DDR war von vornherein der »Sozialismus« in seiner Ausprägung des »Marxismus-Leninismus« die einzige und zugleich nicht hinterfragbare politische Glaubenslehre. Sie stellt die ideologische Basis dar für den – selbst als solchen definiert – eigenen Weg des »realen Sozialismus«.⁵

Das Denken in als positiv angesehenen Utopie-Richtungen konnte den »Antifaschismus« in der Frühphase wirkungsvoll instrumentalisieren und langfristig der bekannten Funktion zuordnen.

In Westdeutschland gab es in der Düsternis und Depressivität der Nachkriegszeit das individuelle Überleben in der Situation des »*Davongekommen-Seins*«. Die Demokratie wurde dort von den Alliierten durchgesetzt und von der Bevölkerung mehr oder weniger willig im Umerziehungsprozess angenommen. Im sich entwickelnden pluralistischen System konnte sich das Utopie-Denken nur in gesellschaftlichen Nischen entwickeln. Für das intellektuelle Bürgertum galt der Rückgriff in die Maximen des 19. Jahrhunderts. Das Altertum tauchte als bestimmende Größe der Wertbestimmung und als Unterrichtsgegenstand wieder auf neben der Hervorhebung der Bedeutung Preußens im Geschichtsunterricht.

Eine dominante Rolle hatten die etablierten Träger von Mythen wie Wertdefinitionen: die Kirchen. Sie besetzten schnell das Terrain der geistigen Wüste, die die Nazis hinterlassen hatten. Das positive Wirken der Kirchenangehörigen ist an anderer Stelle erwähnt worden.

Die etablierten politischen Parteien waren eher mit dem Abbau ihres Utopie-Denkens bzw. dem ihrer Vorgänger beschäftigt. Man ging immer mehr über zu politischem Pragmatismus. Er wurde zur Erfolgsgrundlage der »Adenauer-Politik«.

Die DGB-Gewerkschaften bauten zwar bis zum Ende der 70er Jahre eine – zweifellos umkämpfte – Machtposition aus, deren Einfluss nach Abschluss der Mitbestimmungsgesetze und dann endgültig mit Beginn der Kohl-Ära stetig sank. Vereinzelt unterstützten die Gewerkschaften über ihre Seminare in der Bildungsarbeit für Betriebsräte und Jugendliche emanzipatorisches Denken und Handeln in Ansätzen durchaus

5 Die Formel vom »realen Sozialismus« wurde in der DDR als Antwort verstanden auf die westdeutsche SPD-Definition vom »Demokratischen Sozialismus«

die Beschäftigung mit Utopien, z. B. mit Ansätzen der »frühen Sozialisten«.

Im Unterschied zur DDR war niemals die Notwendigkeit gegeben, den »Antifaschismus« zu funktionalisieren.

2. Entnazifizierung

2.1. Ansätze und Umkehrung

Die Alliierten hatten zuerst versucht, die »Entnazifizierung« gründlich durchzusetzen. Dies geschah ab 1947 immer »großzügiger«. Später, als deutsche Behörden zuständig waren, erfolgten Rückstufungen in den Berufungsverfahren. Belastete Nazis wurden zu »Mitläufern« herabdefiniert. Statt einer konsequenten Fortführung dominierte die »Persilschein-Methode«. Ehemals führende Nazis hatten eine »weiße Weste« bekommen. Schon bald tauchten sie als Rechtsanwälte und Richter, als Politiker und Wirtschaftler wieder auf. Ein besonders unrühmliches Kapitel stellt die Übernahme früherer Geheimdienstleute seitens der Alliierten sowie der Aufbau des späteren BND (der »Organisation Gehlen«) dar. Auch dieses war grundsätzlich in der Bevölkerung bekannt und beeinflusste zweifellos die Einschätzung des Zurückliegenden.⁶ Allein die in Alliiertes Haft befindlichen Nazigrößen blieben in Spandau in Haft; einer bis zu seinem Ende (Rudolf Heß).

Adenauer, der alte Fuchs und hochgradige Pragmatiker und Populist, hatte es sich leicht gemacht: In seiner Antrittsrede als Bundeskanzler sagte er im Bundestag, »man müsse Vergangenes vergangen sein lassen.« Selbst Carlo Schmid, ein an sich hoch angesehener Politiker der SPD, setzte sich 1954 für die Freilassung eines Kriegsverbrechers ein mit dem Argument, man müsse ihm eine Chance geben, sich in der Demokratie zu bewähren. Der Mann war ein Studienkollege von ihm gewesen. Die Argumentationen waren immer ähnlich, eine *Wiederholungsgefahr* war schließlich *ausgeschlossen*.

6 In diesem Zusammenhang sind Zeitschriften wie »Der Spiegel« zu nennen, die nachhaltig den Ruf der Presse als »vierte Gewalt« begründeten. Dies war in der kritischen Intelligenz als eindeutig positiv definiert. Die gegenwärtig zu beobachtende äußerst problematische Entwicklung der Produktion von »bad news«, der üble Kampf gegen einzelne Politiker in gewissen Gazetten pervertiert diesen Ansatz geradezu.

Ein sehr strittiges Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte ist die Pensionsregelung für frühere Beamte, das sog. 131er-Gesetz von 1951. Es bevorzugte Berufssoldaten erheblich gegenüber den vielen als Wehrpflichtige eingezogenen und zu Schaden gekommenen Soldaten. Ein düsteres Kapitel innerhalb dieser Problematik stellt z. B. die Regelung der Versorgungsansprüche für Witwen dar. Als besonders unrühmliches Beispiel gilt die Regelung für die Witwe Roland Freislers, der selbst im März 1945 bei einem Bombenangriff in Leipzig zu Tode gekommen war. Seine Witwe bezog in Bayern bis zu ihrem Tode von über neunzig Jahren eine Pension, die der Besoldungsgruppe des Präsidenten des BVG entsprach (B9).

2.2. Entnazifizierung am Beispiel Niedersachsen/Hannover

Man neigt heute dazu, in einer milden Sprache von einer »mühsamen Entnazifizierung« zu sprechen.⁷ In Hannover erfolgte z. B. die erste Phase der Entnazifizierung auf Befehl der Britischen Militärregierung sofort nach der Besetzung im April 1945. Gegen die Anweisung, sämtliche Nazis aus der Stadtverwaltung zu entlassen, protestierte der neue Oberbürgermeister Gustav Bratke, da ihm die bloße Parteimitgliedschaft nicht als ausreichendes Kriterium erschien. Ihm war eine funktionierende Verwaltung offensichtlich wichtiger als ein radikaler Neuanfang.

Die zweite Phase der Entnazifizierung begann im April 1946. Mit einem 131 Fragen umfassenden Bogen sollten alle Deutschen zwischen 18 und 65 Jahren erfasst werden. Zeitweilig waren 3 Haupt- und 50 Unterausschüsse mit der Auswertung befasst. Das Verfahren war, so der Historiker Waldemar Röhrbein, von »Denunziantentum und massenhaften Persilschein-Ausstellungen« begleitet.

Ein Beitrag dazu aus meiner eigenen Familie: Mein Vater, Helmut Nettelmann (Jg. 1920), berichtet oft aus der Erinnerung heraus, wie er selbst 1945 einen »Persilschein« ausgestellt hat. Mein Großvater Friedrich Nettelmann ist in unserem Dorf bei Hannover ein angesehener Schneidermeister gewesen. Er war unbelastet und wurde deshalb nach Kriegsende von der britischen Besatzungsbehörde mit ehrenamtlichen, organisatorischen sowie Verwaltungsaufgaben betraut.

7 Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Mühsame Entnazifizierung. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« Nr. 100 vom 30. April 2005. S. 17.

Der Dorflehrer, Wilhelm M., war eine angesehene und von allen respektierte Person im Dorf.⁸ Wilhelm M. wurde zunächst nach der Besetzung als ehemaliger »Pg« vom Dienst suspendiert. Er kam eines Tages im Spätsommer 1945 zu meinem Großvater und bat diesen mit weinerlicher Stimme: »Nettelmannsvater – so sagte man damals noch im Dorf – können Sie mir nicht helfen, damit ich wieder eingestellt werde?« Großvater Friedrich gab dann meinem Vater den Auftrag: »Junge mak datt mal!« Man sprach damals noch das *Calenberger Platt* im Dorf.⁹

Mein Vater setzte also ein Schreiben auf, in dem bescheinigt wurde, dass der Lehrer Wilhelm M. immer ein angesehener Mensch und vorbildlicher Lehrer gewesen war und in seiner Grundeinstellung an sich auch ein guter Demokrat. Mein Großvater unterschrieb dieses und Wilhelm M. wurde im Herbst, als die Schule allgemein begann, wieder eingestellt. Er blieb der Lehrer bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1952 und war bis zu seinem Tode ein im Dorf angesehener Bürger. Noch über seinen Tod hinaus wurde er von den ehemaligen Schülern verehrt.

Sein Kollege, der Lehrer im Nachbardorf, wurde als ehemaliger aktiver Nazi erst erheblich später wieder eingestellt. Wilhelm M. war eigentlich Deutschnationaler gewesen und wie viele seiner früheren Berufskollegen mehr oder weniger genötigt worden, in die NSDAP einzutreten. Er war nie ein »verbohrter Nazi« gewesen. Den hatte es auch im Dorf gegeben. Dieser wurde aber von den Briten in ein Internierungslager gebracht und musste dort für sein Tun – zu Recht – büßen. Er überlebte das Lager nicht.

Einem bekannten Bauunternehmer im Bereich Hannover wurde der »Persilschein« von seinem Bauhilfsarbeiter ausgestellt, der als einziger der Belegschaft den Zeugen Jehovas angehörte.

8 Sein Sohn war Berufssoldat gewesen und bis zum Kriegsende vermutlich ein überzeugter Nazi. Mein Vater kannte ihn gut aus der gemeinsamen Kindheit. Sie waren häufige Spielkameraden gewesen und saßen bis zur vierten Klasse auf der gleichen Schulbank. Der Sohn des Lehrers, einziges Kind, durfte das Gymnasium in Hannover besuchen und konnte zunächst ein Studium beginnen, danach wurde er Berufssoldat. Nach dem Kriege machte er in einer westdeutschen Großstadt über die FDP eine Karriere. Mein Vater hatte als jüngstes Kind von vier Geschwistern diese Chance, wie auch seine ältern Brüder, nicht bekommen können.

9 Es handelt sich um den »Ostfälischen Dialekt«, der im Raum Osnabrück, Hannover, Braunschweig und Göttingen gesprochen wird und nur noch von wenigen Menschen beherrscht wird.

An »Antifaschismus« war in diesem Zusammenhang nicht zu denken gewesen. Als Nachsatz sei erwähnt, dass in der inzwischen erstellten Dorf-Chronik, die eine verdienstvolle Arbeit eines Bürgers nach dessen Pensionierung darstellt, diese Dinge ausgeblendet werden. Die Begriffe »Bewältigung« oder gar »Antifaschismus« wären undenkbar gewesen.

Ende 1947 wurden lt. eines Zwischenberichtes nach 19.000 Verfahren 11.000 Hannoveraner als Entlastete¹⁰, 6.000 als »Mitläufer« und 2.000 als »Minderbelastete« eingestuft. Über die »Hauptschuldigen« sowie die »Belasteten« entschieden die Alliierten selbst. Von den 9.600 Bediensteten der Stadt Hannover wurden 1.250 entlassen. Die Hannoversche Presse schrieb 1949: »Der harmlose Briefträger ist unter die Räder gekommen, der Kreisleiter und typische Parteibeamte sonnt sich im Glanze persilscheingebleichter Unschuld.¹⁰ Ein Eindruck, den die Verfahren gegen Hannovers nationalsozialistische Spitzenfunktionäre bestätigen. Der frühere Gauleiter Hermann Lauterbacher¹¹ stand zweimal vor Gericht, wurde aber beide Male »aus Mangel an Beweisen« frei gesprochen. Kurt Schmalz, Stellvertreter von Lauterbachers Vorgänger Rust wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.¹² ... Ludwig Hoff-

10 Da die Kriterien in Berlin strenger ausgelegt wurden als in der Britischen Zone, versuchten junge Leute, die z. B. als HJ-Führer oder BdM-Führerin vom Studium ausgeschlossen wurden, in eine westliche Besatzungszone zu kommen. In Hannover lebt eine Dame, die deshalb in Berlin kein Lehrerstudium aufnehmen konnte. In Hannover hätte sie eine längere Wartezeit in Kauf nehmen müssen. Sie hat nach der Befreiung, nachdem sie den Wahn des Nazisystems erkannt hatte, eine andere qualifizierte Ausbildung absolviert und in ihrem gesamten Wirken danach in hervorragender Weise ehrenamtlich politisch (in der SPD), gesellschaftlich (in Organisationen und Vereinigungen wie einer Gewerkschaft, der AWO, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover) und auch kirchlich engagiert gewirkt, insbesondere nach Beginn ihres Ruhestandes vor ca. 25 Jahren und hat dafür in Hannover uneingeschränkte Anerkennung und verdiente Ehrungen erfahren. Sie hat in Schulen über ihre Vergangenheit als junges Mädchen berichtet und zu ihren Fehlern und Irrtümern gestanden.

11 Lauterbacher ist danach nach Südamerika emigriert und später nach Deutschland zurückgekehrt. Er hat sich in zwei Publikationen nicht von seinen Taten distanziert und ist im hohen Alter gestorben.

12 Rust – ein früherer Lehrer für Griechisch und Latein am Ratsgymnasium in Hannover und in den dreißiger Jahren Kultusminister – soll sich das Leben genommen haben. Eine Siedlung in Hannover-Badenstedt, die 1937 von Schmalz eingeweiht worden war, hieß noch lange nach dem Kriege bei den Einheimischen »Schmalz-Dorf«. Das mit einer solchen Person verbundene strukturelle Unrecht – in diesem Falle die Verkörperung des Bösen schlechthin – ist nicht in das Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen. Eine lange Zeit gab es in der »Hannoversche Allgemeine Zeitung« (HAZ) die Rubrik: 50 Jahre danach. Im Juni 1996 wurde z. B. über die

meister, SS-Obersturmbannführer und von 1942 bis 1944 Oberbürgermeister, erhielt ein Jahr Gefängnis. Der NSDAP-Kreisleiter Deinert wurde wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Kommandanten der KZ-Außenlager in Ahlem und Stöcken¹³ erhielten Haftstrafen, mehrere Untergebene wurden hingegen zum Tode verurteilt.¹⁴

Eine Aufarbeitung die *Juristen* betreffende Vergangenheit ist erst spät in Ansätzen erfolgt. In einer verdienstvollen Serie berichtet darüber die »Hannoversche Allgemeine Zeitung«. ¹⁵ Im Bericht über einen Nachkriegsprozess von 1955 wird dargestellt, dass ein junger Mann, Walter Timpe, neben anderen von der durch den Kalten Krieg geprägten Justiz (in der heutigen Sprache) *kriminalisiert* worden ist. Ein Artikel über die Lebensgeschichte von Walter Timpe, damals KPD/FDJ, heute 75 Jahre alt, ist ebenfalls in der »Hannoverschen Allgemeine Zeitung« (HAZ) erschienen.¹⁶ Walter Timpe ist übrigens später das Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

Der Staatsanwalt hatte »1942 am NS-Gericht in Kattowitz Todesstrafen gefordert; ihr Richter arbeitete einst als NS-Richter in Straßburg und verfolgte gaullistischen Widerstand im Elsaß. Beide waren also für die bundesdeutsche Justiz untragbar« – so die HAZ am 15.12.2006.¹⁷

»Ohne zu wollen wurden kommunistische Angeklagte jener Zeit zu Zeugen für ein dunkles Kapitel in der niedersächsischen Landesgeschichte: die braunen Flecken auf der Robe der Richter. 1997 beschrieb die damalige Justizministerin Heidi Merk die Lage nicht ohne Bitternis: ›Was ist nach dem Krieg aus den Juristen des Dritten Reiches¹⁸ geworden? Um es kurz zu machen: Sie waren fast alle wieder da«. Von den 767 Richtern und Staatsanwälten, die Anfang 1948 in Niedersachsen beschäftigt waren, gehörten im Dritten Reich 70,4 Prozent der NSDAP

Entlassungen von 1946 berichtet. Der Stellv. Polizeipräsident Schulte, auch ein hoher Nazi, wurde demzufolge erst im Juni 1946 entlassen. Sein vorheriger Chef war unverzüglich von den Briten entlassen worden.

13 Die KZ-Außenlager waren den Werken der Continental AG bzw. den Firmen Reemtsma (Tabak) und Haku (Akkumulatoren) zugeordnet.

14 Nach »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 30. April 2005.

15 Klaus Wallbaum: Recht(s)sprechung. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 15. Dezember 2006. S. 6.

16 Thorsten Fuchs: Wir waren keine Verbrecher. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 13. November 2006. S. 11.

17 »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 15. Dezember 2006.

18 Leider wird in der Presse und auch in der wissenschaftlichen Literatur der Begriff »Drittes Reich« unkritisch, d. h. ohne weitere Kennzeichnung als Terminus technicus übernommen und damit die Konnotation als Nazi-Ideologem ausgeblendet.

an, 97 von ihnen waren sogar als Kriegsrichter beschäftigt. Andere Berechnungen kommen auf knapp 200 schwer belastete Juristen, die nach dem Kriege führende Positionen der Landesjustiz übernahmen.«¹⁹

3. Entwicklungsschritte zusammengefasst – zeitgeschichtlicher Abriss

In jüngster Zeit sind in den Medien, zwar auf populärwissenschaftlicher Ebene, aber durchaus wirksam, zusammenfassende Darstellungen über die Nachkriegszeit erschienen.²⁰ Sie seien kurz zusammengefasst und ergänzt:

Am 5.4.1951 gab Adenauer eine Ehrenerklärung für die Soldaten der Wehrmacht ab. Diese Aussage dehnte er Ende 1952 auf die Angehörigen der Waffen-SS aus. Sie wurden dadurch moralisch entkriminalisiert. Am 11.5.1951 wurden rund 430.000 bei der Entnazifizierung entlassene Beamte und Berufssoldaten rehabilitiert. Sie erhielten das Recht auf Wiedereinstellung. Bezüglich der späteren Gründung der Bundeswehr (Ende 1955), bei der ehemalige Soldaten der Wehrmacht zu Offizieren ernannt worden sind, sei an Adenauers berühmt gewordenes Wort erinnert: »Ich kann keine Achtzehnjährigen zu Generalen machen.«

Mit dem Luxemburger Abkommen vom 10.09.1952 verpflichtete sich die Bundesrepublik zur Zahlung von drei Milliarden Mark an Israel. Konrad Adenauer traf sich dabei mit dem israelischen Außenminister Moshe Sharett.

Am 21. Februar 1953 löste sich auf Weisung der SED die 1947 gegründete »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« (VVN) auf; die Begründung: in der DDR seien »alle Wurzeln des Faschismus ausgerottet« und es bestehe kein Bedarf mehr für die Organisation. Die in der BRD weiterhin aktive Organisation stand dort im Ruf, DDR-nahe zu sein bzw. – wie die zeitweilig existierende »Deutsche Friedens-Union« (DFU) – eine Tarnorganisation der DKP und durch die DDR finanziert worden zu sein.

Als Beispiel für die Verwendung früherer Nazis als hohe Beamte gilt die Ernennung Hans Globkes (Verfasser eines Kommentars zu den Nürn-

19 »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 15. Dezember 2006.

20 So z. B. im »Stern« 14/2005, S. 88f.

berger Rassegesetzen) am 27.10.1957 zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Als Antwort der DDR kann der Ost-Berliner »Ausschuss für deutsche Einheit« gewertet werden, der Kampagnen gegen die Justiz der Bundesrepublik durchführte. Bis in die 60er Jahre haben (in westdeutscher Diktion) *SED-Propagandisten* die NS-Vergangenheit westdeutscher Richter und Staatsanwälte attackiert.

Am 14.09.1958 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald die »Nationale Gedenkstätte« eröffnet, die, neben anderen, von der SED-Regierung benutzt wurde, um über den Sieg über den Faschismus zu demonstrieren.

Am 6.11.1958 wurde in Ludwigsburg die »Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen« gegründet. Sie leitete in fast fünf Jahrzehnten fast 100.000 Ermittlungsverfahren ein, die zu 6.500 rechtskräftigen Verurteilungen führten.

Am 8.5.1960 wurde in Ost-Berlin die »Neue Wache« zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus umgewidmet.

Von Oktober 1960 bis Mai 1961 wurde im Deutschen Fernsehen (ARD) die 14-teilige Dokumentation »Das Dritte Reich« gesendet und damit das erste Mal ausführlich die Judenvernichtung dargestellt.

Am 5.7.1963 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht. Darin heißt es: »Im Unterricht über den Nationalsozialismus müssen dem Schüler die Maßlosigkeit Hitlers und die innere Notwendigkeit der Katastrophe aufgezeigt werden.«²¹

Eine breite Diskussion nahm in der Öffentlichkeit Rolf Hochhuts Theaterstück »Der Stellvertreter« ein. Es wurde am 20.2.1963 uraufgeführt.

Eine weitere Diskussion der 60er Jahre betraf die Aufhebung der Verjährungsfrist für die NS-Morde. Sie wurde zunächst verlängert und dann 1979 aufgehoben.

Nachhaltige Diskussionen der 70er Jahre bezogen sich auf die Person des früheren Marinrichters Hans Filbinger. Er war in der Union als ein Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurde seine Beteiligung an Todesurteilen noch einige Tage nach Kriegsende im Mai 1945 bekannt. Als exemplarisch für seine

21 Kennzeichnend ist hier die Personenfixierung auf Hitler. Adolf Hitler wird damit in dieser Diktion zum wesentlich Alleinschuldigen fokussiert. Als weiterer Aspekt ist hervorzuheben, dass von einer »Katastrophe« gesprochen wird. Das über Europa eingebrochene und systematisch angelegte Unheil wird damit in einen Kontext gestellt zu unabwendbaren tragischen Ereignissen oder gar Naturkatastrophen.

Berufsgruppe gilt sein Ausspruch: »Was damals Recht war kann heute nicht Unrecht sein.« Am 7.8.1978 wurde er zum Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gezwungen. In einem Gerichtsurteil wurde er als »furchtbarer Jurist« bezeichnet.²²

1979 wurde die US-Serie »Holocaust« in den Dritten Programmen gezeigt. Sie erschütterte Millionen Zuschauer. Eine üble Begleiterscheinung waren Angriffe von Rechtsradikalen auf die Sendeleitung.

Aus den 80er Jahren sei die Verabschiedung des »Auschwitz-Lüge-Gesetzes« zu nennen (25.4.1985); weiterhin im März/April 1986 die Diskussion um den Film Claude Lanzmanns »Shoah«. Eine langfristige Diskussion gab es ab 1986 um Ernst Noltes Thesen über die Ursache des Holocaust als eine Folge der bolschewistischen Revolution, eine Diskussion, die als »Historikerstreit« in die Geschichte der BRD eingegangen ist.

Es sei auch der Eklat zu erwähnen, den am 10.11.1988 der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger auslöste, als er im Deutschen Bundestag in einer Gedenkrede zum 50. Jahrestag der Pogrom-Nacht von dem »Fasinosum Hitler« sprach.²³

Im Zusammenhang mit der »Wehrmachtsausstellung« ab dem 5.3.1995 wurde vom Bundesminister für Verteidigung Volker Rühe (CDU) am 17.11.1995 klargestellt, dass die Bundeswehr nicht in der Tradition der Wehrmacht stehe.

Am 3.1.1996 erklärte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau, zum Holocaust-Gedenktag.

Erhebliche Diskussionen in der Wissenschaft wie den Medien löste Daniel Goldhagens Buch »Die willigen Vollstrecker« aus, in dem der Holocaust als »nationales Projekt« der Deutschen dargestellt wird.

22 Im Zusammenhang mit den Personenbetrachtungen fallen Gedankensplitter ein wie: Ulbricht gehört(e) politisch bekämpft; die »rote Hilde« geächtet; Mielke abgeurteilt; Grotewohl Irrtümer zugestanden, sein Weg ist als legitim akzeptierbar; Krenz und Schalk-Golodkowski können wie andere Opportunisten im System als »abgetan« betrachtet werden. Leute wie Adenauer wurden im Westen hochstilisiert, Globke muss mit Scham betrachtet werden. Mit ihnen möchte jemand, für den ethische Standards gelten, nichts zu tun haben. Kiesinger war als NSDAP-Mitglied fragwürdig. Filbinger erfuhr eine gerechte Behandlung.

23 Jenninger war ein enger politischer Freund Helmut Kohls gewesen. Er musste danach gehen. Sein Redenschreiber Thomas Gundelach bekam lt. »Spiegel« erhebliche Schwierigkeiten. Kohl soll ihm erheblich gezürmt haben; seine persönliche Karriere soll ihm von der CDU verbaut worden sein. Lt. Presseberichten soll Jenninger die Rede vorher gar nicht gelesen haben.

Eine Diskussion entfachte Martin Walser am 11.10.1998, als er von der »Moralkeule Auschwitz« sprach. Nachdem ihm Ignatz Bubis »geistige Brandstiftung« vorgeworfen hatte, folgte eine unwürdige Diskussion in den Medien.

Als Abschluss können gewertet werden: der Beschluss (und seine Ausführung), in Berlin ein Holocaust-Mahnmal zu errichten, weiterhin die Regelung zur Entschädigung früherer (osteuropäischer) Zwangsarbeiter.

4. Der schwere Umgang mit der Vergangenheit

4.1. Aspekte aus der Nachkriegszeit – Wahrnehmung und Gefühle

Es gab immensen Nachholbedarf der um ihre Jugend betrogenen »Kriegsgeneration«: selbst bestimmte und gestaltete Freizeit, Musik, Theater, Kino, Reisen, Konsum und Spaß.

Es bleibt die Frage, warum die Menschen so reagiert haben, wie sie es taten und nicht anders gehandelt haben? Ebenso die klassische Frage, in wie weit die genannten Entwicklungen gesteuerte Prozesse waren und ob sie grundsätzlich steuerbar sind. Dazu Norbert Elias:

»Das gilt ganz besonders, wenn man den Prozesscharakter von Figurationen in Rechnung stellt. Es war schon immer nicht ganz realistisch, in Gedanken innerstaatliche Probleme und zwischenstaatliche Probleme voneinander zu trennen. Aber je weiter sich die Interdependenz-Verflechtungen über die ganze Menschheit hin ausgebreitet haben und je enger die Verflechtung der verschiedenen Staaten der Menschheit geworden ist, um so weniger einträglich ist es, die Erforschung dieser beiden Ebenen der menschlichen Gesellschaft nach Fächern zu trennen. Im 20. Jahrhundert ist das, was innerhalb eines Staates vor sich geht, insbesondere die Verteilung der innerstaatlichen Machtgewichte, von dem, was sich zwischen den Staaten abspielt, insbesondere von den Machtverhältnissen der Staaten, weniger abtrennbar als je zuvor. Wo immer man hinblickt, stößt man auf die Interdependenzen der innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Prozesse.«²⁴

24 Norbert Elias: Engagement und Distanzierung. Frankfurt/M. 2. Aufl. 1990. S. 75f.

Wenn die Urheberschaft schwierig ist oder Versuche, dieses zu tun, sich als monokausal oder allzu vereinfachend verbietet, dann muss um so mehr die differenzierte Deskription erfolgen.

Theodor Heuß²⁵ forderte in seiner ersten Neujahrsansprache die Freilassung aller Kriegsgefangenen und traf damit die Gefühle von Menschen in allen Teilen Deutschlands. Die Problematik derer, die an Kriegsverbrechen nachweislich beteiligt waren, blieb ausgespart. Stattdessen galt eine ganze Generation lang das Stereotyp: Die »Wehrmacht« war *sauber* geblieben und hatte damit ihre »Ehre« nicht verloren – ein klassischer Fall von *Legendenproduktion* und *Mythenbildung*: Die Verbrechen waren von den »Einsatzgruppen der SS« hinter der Front begangen worden. Das Verhältnis zur »Waffen-SS« war ambivalent. Es hat Versuche gegeben, diese als »rein militärische« Elitetruppe hoch zu stilisieren und sie in das »normale Tun« von Soldaten einzuordnen.

Erst Ende der siebziger Jahre, als Instrumentalisierungsmöglichkeiten verblasst waren, die Auseinandersetzungen um die neue Ostpolitik den Höhepunkt überschritten hatten und der Normalisierungsprozess bereits eingeleitet worden war, erfolgten in den Medien die Aufdeckungen z. B. der horrenden Geldzahlungen an hohe Offiziere (Generale und Admirale) durch Hitler aus seinem persönlichen, unbegrenzten Fonds. Der Abdruck von Überweisungsformularen des Postscheckamtes machte viele Menschen nachdenklich.²⁶ Es folgten Forschungsarbeiten,²⁷ die in den neunziger Jahren zur sog. »Wehrmachtsausstellung« führten und in deren Folge zu umfangreichen Diskussionen in der Gesellschaft. Bekannt sind auch die unschönen Begleiterscheinungen, die ihrerseits aber symptomatisch sind und im direkten Kontext stehen zur vorliegenden Problematik.

25 Er wurde liebevoll – als positiver Gegenzug zu dem »preußischen Rheinländer« Adenauer – als »Papa Heuß« titulierte. Sein Pendant Otto Grotewohl (ein gebürtiger Braunschweiger), hat in der DDR ebenfalls die Rolle einer Vaterfigur innegehabt. Heuß, ein Schwabe, war in der Bevölkerung anerkannt. Die Tatsache, dass er 1933 als liberaler Reichstagsabgeordneter dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, belastete ihn zeitlebens.

26 Auf die korrekte historiographische Angabe der Daten wird verzichtet. Material liegt in Einzelstudien umfangreich vor. An der Universität Hannover haben z. B. die Historiker Herbert Obenaus und Hans-Heinrich Nolte sowie der Politologe und Jurist Joachim Perels umfangreiche Forschung im Bereich Nazizeit und Osteuropa betrieben.

27 Sie wurden in diesem Falle von einem privat finanzierten Institut (Reemtsma) durchgeführt.

All diese Entwicklungsstränge, die über die »Wiederbewaffnungsdiskussion« schon gegen Ende der vierziger Jahre,²⁸ zur Bildung eines militärisch (infanteristisch) ausgebildeten Bundesgrenzschutzes 1950 und dann zur Bildung der Bundeswehr Ende 1955 führten²⁹ – unter »Verzicht« eigener Atombewaffnung – sind kennzeichnend für die psychosozialen Entwicklungsstränge, für Mythenbildung und die Konstrukte von Legenden: »Die Wehrmacht ist *sauber* geblieben.« »Die Soldaten haben (nur) ihre *Pflicht* erfüllt.« »Hitler hat die Autobahnen gebaut und die Arbeitslosen von der Straße geholt.« »Man konnte abends sicher und ruhig auf der Straße gehen.« All diese Stereotype sind in der Bevölkerung gegenwärtig.³⁰ Eine Diktatur gewährt Ordnungssicherheit und Lebenschancen – all denjenigen, denen sie diese nicht versagt!

Ergänzend eine Anekdote: In einem Heimatblättchen des Landkreises Hannover berichtete ein ehemaliger Offizier der Bundeswehr in der charakteristischen »Abenteuer«-Diktion der Adenauer-Ära, wie er als junger Leutnant das Kriegsende westlich von Hannover im Wesergebirge erlebt hat. Sein Panzer vom Typ »Panter« rollte durch einen Bergweg nach Westen. Seine Einheit existierte nicht mehr. Ein amerikanischer Posten, der in der Nachkriegsdiktion lange Zeit als solcher bezeichnete *Neger*, erkannte diesen nicht, er glaubte wohl auch nicht, dass noch ein deutscher Panzer existiere und winkte ihn in der Dunkelheit durch. Kurz danach blieb das Fahrzeug wegen Spritmangel liegen. Eine Handgranate hinein und man setzte den Rückmarsch zu Fuß fort, bis man wenige Tage später gefangen genommen wurde. Zehn Jahre später wurde dieser Mann als Offizier in die Bundeswehr übernommen. Er setzte seine Tradition als Offizier in einer Panzereinheit fort, so als sei dazwischen nichts geschehen.

28 Bereits 1947 begann man in der Hochbauverwaltung des Landes Niedersachsen im Geheimen und unter der Aufsicht britischer Offiziere mit der Planung von Kasernen für eine spätere westdeutsche Armee.

29 Dieses steht zweifellos im Kontext, in Widerspiegelung und Wechselbeziehung zur Bildung der »Kasernierten Volkspolizei« Anfang 1946 und der daraus folgenden DDR-Armee, der »Nationalen Volksarmee«.

30 Entsprechende Meinungen wurden in den Medien Äußerungen von Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion bezüglich Stalin oder auch Breschnew kolportiert.

4.2. Täter/Opfer-Beziehungen

Im Täter-Opfer-Geflecht hat die Sowjetunion eine bis heute nicht vollständig geklärte Bedeutung. Es scheint, dass die Schlüssel zur Klärung des Geschehens auf der individuellen wie kollektiven Wahrnehmungsebene einerseits und andererseits den Konstrukten von Realität³¹ liegen, in Auslassungen, Tabuisierungen, dem Verbot von Wahrhaftigkeit in der Dokumentation des Geschehens, insbesondere den Gewalttaten am Ende des Krieges.

Das Gefühl, Opfer zu sein, einer Opfergruppe anzugehören, überlagerte den Sachverhalt, Täter, Mittäter und Angehöriger einer Tätergruppe³² zu sein. Dieser zweite Aspekt wurde in der westdeutschen Gesellschaft verdrängt, abgeschwächt, anathematisiert oder einfach vergessen. Es gilt für die *Politik*, die *Wissenschaft*, die *Schule* und die Gesellschaft im Allgemeinen.

Die Gegenkräfte waren in allen gesellschaftlichen Gruppen in der Minderheit. Sie kamen vor allem aus den politisch links stehenden sowie dem kirchlichen Milieu und aus Intellektuellenkreisen. Vereinigungen wurden kriminalisiert (wie die KPD durch ihr Verbot) oder diskre-

31 Hierzu gehören die Mythenbildung und Konstruktionen von Wirklichkeit. Bekannt ist z. B. der in der DDR zum Mythos verklärte Widerstand der Kommunisten in den Konzentrationslagern, wie es z. B. durch das Buch von Bruno Apitz: »Nackt unter Wölfen« beschrieben wird. Es nährte die Vorstellung vom »heroischen Kampf«. Für das gerettete Kind wurde ein anderes Kind umgebracht, ein Zigeunerkind! Ein in Polen in den fünfziger Jahren publiziertes Buch von Tadeusz Borowski hat in der DDR Entrüstung seitens des VVN hervorgerufen. Es schilderte die Entmenschlichung, die Entwertung alles Menschlichen nach wenigen Wochen in den Konzentrationslagern, die in den KZ als solche bezeichneten »Muselmänner«. Dieses deprimierende Prinzip, dass für alle gequälten Menschen in den Konzentrationslagern galt, muss in jede Überlegung einbezogen werden. (Vgl.: Primo Levi: Ist das ein Mensch?)

32 Der Begriff »Tätervolk« ist inhaltlich und moralisch zu verwerfen, da er als Negativstereotyp eine kollektive Stigmatisierung bedeutet und zu Diskreditierungen verwendet wird. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die *Politische Kultur* als verbindendes Agens geschichtlicher Fehlentwicklungen. Man vergleiche die Goldhagen-Diskussion. Literaturhinweis zur Reflexion des Begriffes der »Politischen Kultur«: Gerhard Voigt: Aspekte von Kultur und Zivilisation: Die kulturelle Dimension des Transformationsprozesses (neue Fassung). In: POLITIK UNTERRICHT AKTUELL Heft 2/2003 (i. V.). Online verfügbar: http://www.pu-aktuell.de/pua2003-2/P03-2_PK.pdf Zuerst erschienen in: Lothar Nettelmann / Dariusz Adamczyk (Hrsg.): Zur Frage einer polnischen Nationalkultur. Hannover 2002. Online: <http://www.politiklehrerverband.org/Kultur/pkbegr.htm>

ditiert (wie z. B. der VVN); oder auch in anderen Zusammenhängen die »Ostermarschbewegung«.

Dies alles geschah in der Nachkriegszeit in einem Kontext, der seinerseits eine Mehrebenenproblematik eines in sich interdependenten Geflechtes darstellt. Dieses alles wäre wiederum im Einzelnen zu diskutieren und aufzuarbeiten.

4.3. Gedenktage

Im Jahre 1985, zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, hielt Richard v. Weizsäcker³³ seine berühmt gewordene Rede, in der er klar gestellt hat, dass Deutschland 1945 *befreit* worden ist; d. h. es wurde vom Faschismus bzw. der NS-Gewaltherrschaft befreit und dieses geschah – und das war neu in der Diktion – *auch* durch die Sowjetunion. Diesen Akt innerer Befreiung in aller Deutlichkeit zu formulieren, war vorher nicht *üblich*, nicht *möglich*, partiell auch nicht *gewollt*. Der frühere Stadtsuperintendent von Hannover, Hanns-Werner Dannowski, sprach kürzlich in einer Gedenkstunde davon, dass wir befreit worden sind, befreit vom *Wahn*.

Alles war in den achtziger Jahren während der Kohl-Ära noch recht *kompiziert*. Man erinnere sich an die Diskussionen anlässlich des Staatsbesuches des US-Präsidenten Ronald Reagan und seines Besuches auf dem Soldatenfriedhof bei Ramstein, auf dem auch SS-Männer begraben liegen.

1994 versuchte Helmut Kohl sich zu den Feierlichkeiten zum D-Day, am 6. Juni, selbst einzuladen. Die damaligen Alliierten mochten aber unter sich bleiben. Selbst sein Freund François Mitterand »winkte ab«. Am 6. Juni 2004 war die Sachlage anders: Gerhard Schröder durfte dabei sein. Man bezog auch die Repräsentanz der Siegermacht Russland ein. Präsident Putin war dabei, was bei den früheren Siegesfeiern in der Normandie nicht der Fall gewesen war.³⁴

33 Er war der Bundespräsident, der wohl unstrittig die höchste Anerkennung in Deutschland erfahren hat. Wenn Angriffe gegen ihn während und nach seiner Amtszeit erfolgt sind, dann kamen sie bezeichnender und beschämender Weise aus dem konservativen Lager, insbesondere aus Bayern.

34 Dieses angesichts dessen, dass das gemeinsame Vorgehen der Anti-Hitler-Koalition in Teheran beschlossen, in Jalta bestätigt und in Potsdam abgeschlossen worden war und die Sowjetunion während des Krieges den höchsten Blutzoll entrichtet hat. Der polnischen Nation, die vom ersten bis zum letzten Tage des II. Weltkrieges

Die Phase der Definition des früheren Bündnispartners als »Reich des Bösen« – und damit der »Kalte Krieg« selbst – waren endgültig auch auf der Symbolebene vorbei. Innenpolitische Instrumentalisierungen aus der Konstellation des »Kalten Krieges« waren beendet. Hypotheken aus sozialstrukturellen Beziehungen, die Rücksichtnahme auf Bevölkerungssegmente³⁵ (vorgeblich der Berücksichtigung von deren Interessen bzw. ihrer Instrumentalisierung) in Wahlkämpfen – dieses für parlamentarische verfasste Systeme charakteristische, aber ethisch problematische Phänomen – ist nicht zur abgeschlossenen Epoche geworden.

Die Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985 leitete den Beginn einer abschließenden Bewältigung ein. Es erfolgte rund zwanzig Jahre nachdem in der sog. Studentenbewegung, insbesondere in den Sozialwissenschaften und unter den damals jüngeren Historikern, der Paradigmenwechsel (in Ansätzen) erfolgt war. Nicht zu vergessen deren Vorläufer: die »skeptische Generation« (Schelsky), zumeist der jungen aufgeklärten Generation in der westdeutschen Gesellschaft, leider oftmals begrenzt auf das Uni-Milieu.

4.4. Bewältigung

Einen wichtigen Impuls bedeuteten die Thesen des Hamburger Historikers Fritz Fischer über die Schuld-Frage des »Ersten Weltkrieges«. Sie machten es möglich, über den Gedanken der (anonymen!) »Entfesselung«, so der Historiker Burckhard über den »Zweiten Weltkrieg«, hinauszugehen und offen den von Anfang³⁶ an *gewollten* und *angestrebten*³⁷ Krieg als »Fortsetzung« des Ersten Weltkrieges, der sich bald als

gekämpft hat, wurde die Ehre zu den Siegerstaaten zu gehören, bis heute versagt. Bei den sog. »Zwei plus vier Gesprächen« gestand man Polen nur den »Beobachterstatus« zu. Auch bei den Nürnberger Prozessen stellte Frankreich Ankläger. Polen durfte nur Beobachter entsenden.

35 Von Anfang an hatten die sich bildenden Vertriebenenverbände eine politische Schlüsselrolle, die über das Bewahren des Heimatgedankens etc. hinausgingen. Ebenfalls hatte sich bald der »Verband der Sowjetzonen-Flüchtlinge« gebildet, der ebenfalls bis in die neunziger Jahre hinein vor allem in der CDU/CSU recht einflussreich war. Es gab sogar besondere Landesverbände in der Union.

36 War dieses wirklich (erst) der 30. Januar 1933, der Tag der sog. Machtergreifung?

37 Die Erforschung dessen, welche Segmente der deutschen Gesellschaft dafür verantwortlich waren, ist wesentlich abgeschlossen. Dieser Sektor der deutschen Geschichte wird in den Schulbüchern aber zunehmend ausgeblendet.

physischer und psychischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg³⁸ offenbarte und der sich vor allem gegen Polen richtete.³⁹

Leider sind – bis in die jüngste Zeit hinein – ganzen Historikergenerationen diese Zusammenhänge nicht bewusst oder werden von ihnen ignoriert. Als junger Lehrer habe ich in den 70er Jahren (und auch noch danach) Skepsis darüber und stattdessen die Legenden vom »Hineinschlittern« in den Ersten Weltkrieg anhören müssen. Wie kann eine Gesellschaft, die Ursachen des Ersten Krieges nicht zu *erfassen* in der Lage oder nicht *gewillt* ist die Realitäten der Geschichte zu begreifen, dann eine Generation später den Zweiten *bewältigen*?

Die Bewältigung der Nazizeit in Westdeutschland, die zunächst gar nicht, dann nur ansatzweise nach und nach erfolgte, hängt wesentlich mit diesem Komplex zusammen. Von Wissenschaftlern und Didaktikern sind die Fragen zu beantworten: Welche Taten sind *geschehen*? Welche wurden bewusst *verdrängt*, *negiert*, *anathematisiert*, von *wem* und *warum*?

38 Ein bisher in Deutschland spezifisch funktionalisiertes Problem ist die »Partnerschaft der Diktaturen«. Man spricht von dem von den Außenministern v. Ribbentrop und Molotow vereinbarten »Hitler-Stalin-Pakt«, in dem das Deutsche Reich und die Sowjetunion beschlossen, Polen und das Baltikum unter sich aufzuteilen. Waren es die »Staaten« oder die »Träger« beider Diktaturen, die »Nationalsozialisten/Faschisten« und auf der anderen Seite die »sowjetischen Kommunisten«? Die »Deutschen«, die »Russen«? Die Uneinheitlichkeit in der Benutzung dieser Elemente der Sprach-Symbolik ist zugleich Ausdruck dieser spannungsreichen Problematik.

39 In Polen begeht man seit den neunziger Jahren bewusst den 17. September als Tag des Gedenkens an den Einmarsch der »Sowjetischen Armee« in Ostpolen, nachdem die »Deutsche Wehrmacht« das Land sechzehn Tage zuvor überfallen hatte. Im Baltikum war es (bei der ersten Abfassung des Manuskriptes im Februar 2005) strittig, wie der Jahrestag des Kriegsendes am 8. (9.) Mai 2005 zu begehen sein wird. Große Teile der Bevölkerung dieser Länder wollten den Tag nicht als »Befreiung« feiern, sondern der fortlaufenden Okkupation durch die Sowjetunion bis 1990 gedenken! (»Süddeutsche Zeitung« vom 19. Februar 2005). Man ist dann in den drei baltischen Ländern unterschiedlich verfahren. Die russische Staatsführung war sehr verstimmt. Kaum außerhalb Polens ist bekannt, dass bereits im Oktober 1939 in Zakopane Vertreter der Gestapo und des NKWD zusammenkamen, um gemeinsame Listen von Angehörigen der polnischen Eliten aufzustellen bzw. auszutauschen zur Vorbereitung von deren systematischer »Liquidation«, d. h. zur physischen und psychischen Vernichtung der »Polnischen Nation«.

4.5. Der Umschlag

Die entscheidende Zäsur erfolgte in der westdeutschen Öffentlichkeit durch den »Auschwitz-Prozess« im Jahre 1961. Die »FAZ« druckte damals täglich die Gerichtsprotokolle ab. Schlagartig wurde man sich jetzt der Problematik bewusst. Es begannen Diskussionen in der Breite der Bevölkerung. Vielfältige Publikationen erschienen. Die »Auschwitz-Ausstellung« wurde in den Städten gezeigt. Schulklassen besuchten diese. In Schulen und Universitäten beschäftigte man sich mit der Thematik. Eine hervorzuhebende Rolle hatten die Bundeszentrale sowie die Landeszentralen für politische Bildung.⁴⁰

Von den 50er zu den 60er Jahren war gesellschaftspolitisch ein Wechsel eingetreten. Gegenüber dem Osten war das Feindbild reduziert worden. Synonyme dafür waren z. B. das »Tauwetter« und die »Chrustschow-Ära«. Kulturell hatte es den Wechsel von der Behäbigkeit, der erzwungenen Moralhaftigkeit, der Doppelmoral gegeben zu einer permanent zunehmenden Freizügigkeit. Die Musik- und Filmbranche entwickelte sich entsprechend. Die Wahrnehmungen der Kriegsgeneration traten in den Hintergrund.

In diese Phase trat der »Auschwitz-Prozess« ein mit seiner Schockwirkung. Gleichzeitig waren die Bildungsschichten offen für die Aufnahme des »Schockierenden«. Gleichwohl, die neue daraus folgende Rezeption der »Jüngsten Geschichte« mündete in Teilbereichen der Gesellschaft – in der Linken, insbesondere auf der Basis der sog. »Studentenbewegung« – in eine neue antifaschistische Haltung. Andere politische Zielrichtungen waren: »Aussöhnung« und »Normalisierung« mit Polen, und »Wiedergutmachung« gegenüber Israel. Die Normalisierung gegenüber der DDR: »Besuchsregelung«, »Berlinregelung«, »Transitabkommen« und das »Viermächteabkommen« erfolgten nach und nach.

Eine systematische, der DDR vergleichbare »Antifaschistische Erziehung« war niemals gewollt und hat es auch nicht gegeben, konnte es auch nicht geben. Es bildeten sich andererseits in der westdeutschen Gesellschaft z. T. *nostalgische*, aber eindeutig neofaschistische bzw. Neonazi-Bewegungen heraus, die sich in diversen rechtsextremistischen Ausprägungen zeigten wie der DRP und z. B. in der 1964 gegründeten NPD und deren Einzug in Kommunal- und Länderparlamente in der zweiten Hälfte der 60er Jahre kumulierte.

40 Nachsatz ohne Kommentar: In Niedersachsen wurde die Landeszentrale für politische Bildung am 1.1.2005 aufgelöst.

Dies war auch Anlass für didaktische Vorstöße. Es gab z. B. Ansätze in den Gewerkschaften, ein »antifaschistisches Äquivalent« in Betrieben und Schulen (z. B. im Politik-Unterricht) zu etablieren. Die GEW hat damals in nennenswertem Umfang didaktische und wissenschaftliche Publikationen herausgegeben.⁴¹

Ein Sachverhalt sei erwähnt, der mit einem sehr unglücklichen Termin belegt wurde: Die »Wiedergutmachung«. In diesem Zusammenhang werden seit den frühen fünfziger Jahren Finanzleistungen an Israel getätigt. Die Diskussion darüber hatte damals keine breite Resonanz gefunden. Vielen Menschen war sie suspekt. Sie begriffen weder den Hintergrund noch die Problematik der Formulierung. In Israel selbst hatte es heftige Diskussionen gegeben. Diplomatische Beziehungen zu Israel wurden zudem erst im Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten 1974 aufgenommen. Zuvor hatte es aber schon gute wirtschaftliche Beziehungen gegeben – auch auf militärischem Sektor.

Die vorliegende Betrachtung nähert sich möglicherweise einer Entwicklung zur Undurchschaubarkeit. Es soll aber anhand von kleinen charakteristischen Beispielen das Vorhandensein einer – wenn auch partiell oder tendenziell gezielt erzeugten – Stimmungslage deutlich gemacht werden.

Es bleibt folgende These festzuhalten: In Westdeutschland wurde die Bewegung – man mag sie demokratisch-kritisch bis antifaschistisch nennen eher von den verschiedenen Gruppen der westdeutschen Gesellschaft getragen. Diese hatten mit erheblichen Widerständen seitens der damaligen politischen Eliten und insbesondere der wiedererstarkten *alten* Eliten zu kämpfen, die sie – als unfreundlicher politischer Akt – ins politische (linke) Abseits zu drängen und ihrer Ernsthaftigkeit wie Ehrenhaftigkeit zu berauben gedachten bzw. ihr diese absprachen.

41 Vgl. z. B. Gerd Battmer / Werner Rischmüller / Gerhard Voigt: Faschismus in Deutschland und Neonazismus. Hannover 1978. (GEW Niedersachsen. Neue Reihe Band I.) Dieser Band war die erste Publikation des Arbeitsschwerpunktes »Neonazismus-Projekt« des Verbandes der Politiklehrer, dem weitere Veröffentlichungen in den Verbandsorganen folgen sollten. Der vorliegende Aufsatz ist das Restimee dieser langjährigen Arbeit des Verbandes.

5. Erklärungsversuche

5.1. Wahrnehmung und eigenes Leiden

Ein wesentliches Element zur Erklärung der Verdrängung des Geschehens der Nazizeit, die Nichtaufarbeitung in der Nachkriegszeit, scheint das eigene individuelle wie kollektive Unvermögen zu sein, die in der Leid-Erfahrung am Ende des Krieges und nach dem Kriege beruhen: in *Flucht, Vertreibung, erlittenen Gewalttaten, Hunger, Kälte und Not*. Man war glücklich, davongekommen zu sein, hatte überlebt und lebte nun karg und notdürftig, oftmals in Angst und Perspektivlosigkeit und mit nur geringer Hoffnung auf Besserung der Situation. Unabhängig davon ergaben sich für diese Menschen, die sich in unzulänglichen Lebenssituationen befanden, Elemente des *Glücklichseins*. Man wollte vergessen und verdrängte möglichst all das Erlebte und selbst Erlittene. All dieses geschah ohne jegliche Hilfe zur Bewältigung der Traumata.

Sicherlich ein gewichtiges Problem war die Unmöglichkeit der offenen Thematisierung erlittenen Unrechts, an dem die Sieger beteiligt gewesen waren. Man musste mit den eigenen Leidensgefühlen, dem Gefühl erlittenen Unrechts fertig werden. In der sowjetischen Zone mussten die Sieger zudem als Befreier definiert werden. Kritik war dort nicht nur tabu, sondern mit höchster Gefahr verbunden. In der britischen Zone waren die Engländer, wie man sie nannte, die *Besatzungssoldaten* der Militärregierung. Die Zuordnung einer »Befreiung« war nicht üblich, sie war der sich in der sowjetischen Zone entwickelnden Sprache vorbehalten. Man sprach stattdessen vom *Zusammenbruch*, dem *Kriegsende*, der *Kapitulation*, auch der bedingungslosen Kapitulation als *Katastrophe*. Man drückte es abschwächend relativ neutral aus und vermied politisch-moralische Wertungen. Kritik zu äußern war ebenfalls tabu.

Allerdings waren es gerade die britischen Soldaten, von denen das Bild existierte, im Kriege und danach sich korrekt verhalten zu haben. Das Bild von den Amerikanern war zunächst weniger positiv, wurde aber bald durch die Bilder von den Kaugummi und Zigaretten spendenden Soldaten sowie den Care-Paketen aus Amerika überlagert und ins Positive verkehrt. Die Eindrücke von französischen Besatzungssoldaten

waren widersprüchlich, die Franzosen waren aber für Norddeutschland irrelevant.⁴²

Das Bild der sowjetischen Soldaten in der Öffentlichkeit war eher beschrieben mit *gewalttätig* und *raubend*, andererseits standen dagegen die kolportierten Einzelerfahrungen aus der Gefangenschaft: *menschlich* und *gutmütig*. Zweifellos wirkten dabei die Stereotype der NS-Propaganda folgewirksam nach.

Die Bilder von den russischen Soldaten in der Endphase des Krieges blieben allgegenwärtig: Die von Jagdflugzeugen beschossenen Flüchtlingstrecks auf dem Kurischen Haff, die Panzerkolonnen, die brutal und rücksichtslos die Flüchtlingstrecks überrollten und Tod und Zerstörung hinterließen, die »Gustloff«, die voll gestopft mit Frauen und Kindern am 30.01.1945 von einem russischen U-Boot versenkt wurde. Sie war kein Kriegsschiff, was der zur Trunkenheit neigende sowjetische Kommandant durchaus wusste. Aber es gab für ihn den Befehl zur rücksichtslosen Zerstörung. Die Geschehnisse waren als inhuman und böse wahrgenommen und führten zu entsprechenden Eindrücken und Wertungen, aus denen Stereotype erwachsen. Wesentlich trug dazu bei, dass in Presse, Rundfunk und später dem Fernsehen dokumentarische Berichte in großer Regelmäßigkeit erfolgten.

All dieses durfte in der sowjetischen Zone (und dann der DDR) bis zu ihrem Ende nicht gesagt, geschweige denn geschrieben werden. Die Tabuisierung hatte dort eine spezifische Funktion. Das eigentliche symbolische Ende der DDR könnte auf den Tag der Feiern zum 40. Jahrestag, den 7. Oktober 1989, datiert werden.

Im Westen führte sie zu einer Kumulation von Negativbildern, zum Schwarz/Weiß-Denken, zu Angst, ohnmächtiger Wut und Hass bei den Betroffenen. Und immer wieder tauchten diese Berichte und Bilder in der Presse auf! Kolportiert wurden Erinnerungen und Meinungsbilder in der vielfältigen Heimatpresse, den Blättern der Rechtspresse und außerdem bis über die fünfziger Jahre hinaus in der Yellow-press. Das überarbeitete Polen-Heft der Bundeszentrale für politische Bildung wurde nach der sog. Wende 1982⁴³ neu herausgegeben. Als Ausdruck des Einflusses der Vertriebenenverbände wurde ein »ergänzendes Kapitel« ein-

42 Nach dem Einmarsch hatte die französische Militärführung eine Kleinstadt in Baden für eine gewisse Zeit »frei gegeben«. Später hat man sich sehr dafür geschämt und sich offiziell entschuldigt.

43 Der Begriff »Wende« hielt sich noch einige Jahre nach Beginn der Regierung Kohl. Die »geistig-moralische Wende« wurde zunehmend von der Kohl nicht freundlich gesonnenen Presse ironisiert.

geführt, in dem »Flucht« und »Vertreibung« einbezogen wurden, einschließlich der Geschehnisse um Nemersdorf im Januar 1945 in Text und Bild, etwas, das mit der eigentlichen Thematik gar nichts zu tun hatte.

Es ist bezeichnend, dass das sowjetische Denkmal in Berlin-Treptow einen Soldaten der »Roten Armee« zeigt, der ein Kind rettet, so das Konstrukt einer Legende, die in ein Lied übertragen von russischen Jugendlichen gesungen werden musste. In der DDR gab es eine politisch-moralische Pflicht zum Besuch und dem Betrachten des Ehrenmals. Westliche Besucher erschauerten zumeist.⁴⁴

Der kollektiv in Westdeutschland erhobene Vorwurf, um es ganz klar zu sagen, war der des »nationalen Verrats«, gerichtet an die deutschen Kommunisten und diejenigen, die in der SBZ/DDR Funktionen innehatten. Selbst wenn dieser selten so drastisch und deutlich ausformuliert wurde, war er immer latent vorhanden.

Ein weiterer gewichtiger Aspekt zur Bildung von Stereotypen war der völlig unzureichende Informationsfluss aus den Gebieten östlich des »Eisernen Vorhangs«.⁴⁵ Dass es dort absolut keine Informationen aus dem Westen gab, war zunächst nicht bekannt. In den Gebieten war der Besitz eines Radios für die verbliebene deutsche Bevölkerung seitens der sowjetischen Besatzer bei schwerer Strafe verboten. Die 1945 und 1946 zwangsweise Ausgesiedelten berichteten im Westen darüber und trugen dadurch erheblich zur Bildung neuer negativer Stereotype bei. Basis war eine wesentlich mündliche Verbreitung sowie kleinere Broschüren der Vertriebenenverbände oder der Heimatvereine.

Aus der sowjetischen Zone wurde eine Vielfalt von Informationen kolportiert, allerdings oft widersprüchlich und von unklarem Wahrheits-

44 Die sowjetischen Gedenkstätten in der ehem. DDR und auch im Tiergarten werden auf Grund des Vereinigungsvertrages von der Bundesrepublik erhalten und gepflegt. Übrigens pflegt die Stadt Hannover einen Ehrenfriedhof, auf dem sowjetische Soldaten bestattet wurden, die in den letzten Kriegstagen von der SS ermordet worden sind.

45 Der Begriff »Eiserner Vorhang« soll nicht auf eine Rede Churchills zurückzuführen sein, sondern bereits gegen Ende 1944 von Goebbels benutzt worden sein. Dem Duktus würde es entsprechen. Eine Folge war z. B., dass die östlich der Oder in Pommern, Schlesien oder Ostpreußen verbliebenen Menschen bis 1947, als sie dann nach und nach »ausreisen durften«, über keinerlei Informationen verfügten, außer den Plakatanschlügen oder Blättern der »Roten Armee« als Besatzungsmacht. Christian Graf v. Krockow hat darüber referiert und publiziert. Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass zumindest bis 1957 der Status dieser ehemaligen deutschen Ostgebiete völkerrechtlich noch ungeklärt war.

gehalten. Allerdings tauchten schon vor der Gründung der DDR deren Propagandisten in Westdeutschland auf, die gezielt ein positives Bild von den »Segnungen des Sozialismus« zu verbreiten suchten. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden sog. »Wirtschaftswunder« zu Beginn der fünfziger Jahre kehrten sich diese Propaganda-Aktionen in die gegenteilige Wirkung um. Die Negativbilder von all dem, was mit dem »Osten« zusammenhing, verdüsterten und vergrößerten sich.

Man glaubte den Kommunisten der SED nicht. Alle Negativstereotypen der Vorkriegszeit: einerseits *proletenhafter Habitus*, andererseits konkurrierende und *gefährliche Intellektuelle* hatten sich mit den Resten der »Bolschewismus-Propaganda« der Kriegszeit und der *Russenangst* überlagert. Die dem Sehnen vieler nach bürgerlich bzw. mittelschichtenspezifisch⁴⁶ gewordene Welt ordnete ihnen alles Negative zu: Ausübung illegitimer Gewalt in einem *Unrechtsstaat*, eine gegen die *Freiheit* gerichtete *Zwangsübung*.

Mögliche positive Dinge, die im DDR-Deutsch als »Errungenschaften« definierten Entwicklungen, der wirklich als »aus den Ruinen« heraus erfolgte Aufbau, die unter Mühen erbrachten Leistungen, auch Erfolge im wissenschaftlich-technischen Sinne, die man vorzeigen konnte, wurden nicht registriert. Sie wurden statt dessen ignoriert, negiert oder anathematisiert. Das prinzipiell *Bessere* in Westdeutschland wurde ihnen gegenüber gestellt. In diesem gesamten Komplex, der sich als Gedanken-Patchwork darstellt, waren die Taten des Nationalsozialismus/Faschismus, das gewesene Böse, an den Rand des Bewusstseins gedrängt worden. Im ungeheuren Nachholbedarf des neuen »Wirtschaftswunderlandes Bundesrepublik« der 50er Jahre gab es kaum noch Platz für *Verarbeiten*, *Bedauern*, sich *Schämen* und *Bereuen*.

Es macht im gegebenen Zusammenhang keinen Sinn, über den Grad der Berechtigung zu sinnieren oder Versuche zu machen einer jeweils partiellen oder tendenziellen Verifizierung bzw. Falsifizierung, einer Bestätigung oder Widerlegung: die Funktionalisierung dieser Stereotyp-Reproduktion in einer spannungsgeladenen Epoche muss als solche aufgearbeitet werden. Versuche von Relativierungen sind unangemessen und müssen unterbleiben.

Diese Prozesse korrelieren – zumindest zeitlich – mit dem abnehmenden Bewusstsein bezüglich der Untaten in der Nazizeit im Allgemei-

46 Grundlegende Gedanken zur Entwicklung einer Mittelstandsgesellschaft formuliert der Soziologe Schelsky.

nen und während des Krieges insbesondere in Osteuropa. Die Genozide gar an Juden, Polen und Zigeunern (jetzt: Roma und Sinti zu nennen), waren betreffend ihres Ausmaßes und ihrer Schuldfrage nicht (nicht mehr – oder noch nicht) im Bereich des kollektiven Bewusstseins der großen Mehrheit der Bevölkerung angekommen.

Die Verdrängungsmechanismen in der Bevölkerung korrelierten mit den Tendenzen der zumindest temporären Anathematisierung. Diese Bereiche der »Taten« und der »Schuld« waren auf einen engen Bereich personalisiert worden. Dazu gehörten Hitler, Himmler, Göring und Goebbels, nicht einmal alle in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilten Generale/Admirale und sog. *Wirtschaftsführer*. Man ereiferte sich in der Presse, dass z. B. Keitel⁴⁷ bei der Hinrichtung »noch gezappelt« habe. Wenn man den verurteilten Militärs (Keitel, Jodl, Dönitz) in der Volksmeinung keine wirkliche Verbrechensschuld zuordnete, wie konnte man es deren Untergebenen – also der Masse der Offiziere und gar der Soldaten? Dönitz und Speer hatten im Nachkriegsdeutschland in einigen Bevölkerungsgruppen ihre Bewunderer, zeitweilig auch der nach Südamerika emigrierte Oberst Rudel, ein Altnazi, als höchst dekorierter deutscher Soldat des II. Weltkrieges, der von der rechtsradikalen Szene vereinnahmt und zeitweilig von der Presse »vermarktet« wurde.⁴⁸

47 Wilhelm Keitel entstammte einem süd hannoverschen bäuerlichen Gut. Er verkörperte den durch Anpassung im Militär aufgestiegenen Kommiss-Angehörigen. Er wurde in den Medien als Hitler-gläubig, als Antiintellektueller gekennzeichnet, der sich für moderne Waffen und die damit verbundenen technischen und wirtschaftlichen Sachverhalte überhaupt nicht interessierte. Er wurde i. Ü. als »Lakeitel« apostrophiert und war der Gegenteil des hoch qualifizierten v. Manstein (»Verlorene Siege«). Dieser war der einzige hochrangige General, der als Gutachter zur Bildung der Bundeswehr herangezogen und als Militär geachtet wurde und der auch nicht vor dem Alliierten Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt worden ist. Das Bild des jovialen Kriegsherren wurde in der westdeutschen Öffentlichkeit weiterhin gepflegt: insbesondere Rommel und letztlich auch Göring. Die propagandistischen Projektionen der Nazizeit wirkten fort und wurden z. T. bewusst perpetuiert. Jodl wurde 1956 durch ein westdeutsches Gericht posthum rehabilitiert.

48 Er soll 500 russische Panzer mit seiner umgebauten Ju 87 (Stuka) abgeschossen haben. Die militärischen Umstände unter denen das geschah, waren für die neuen Propagandisten der rechten Szene in den 70er Jahren, als Rudel aus Südamerika kommend in der BRD auftauchte und damit in den Medien erschien, uninteressant: Man hatte zu seinem Schutz an anderen Fronten Jagdflugzeuge abgezogen, die dann dort fehlten und zu großen Verlusten führten. In wie weit Rudel zu einer neuen Instrumentalisierung gegen Ende des »Kalten Krieges« benutzt worden war zur Legitimierung neuer kostspieliger Rüstungsvorhaben, ist schwer nachprüfbar und

Das wesentliche Problem besteht darin, dass kaum jemandem wirklich bewusst geworden ist bzw. nicht bewusst gemacht worden war, dass z. B. der Generalfeldmarschall Keitel an höchster Stelle mitverantwortlich gewesen ist für Millionen Tote im Kriege einschließlich seiner Mittäterschaft durch höchste Verantwortung bei den spezifischen Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Und dafür ist er schließlich vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg verurteilt worden. Der Kern der Problematik, nämlich Täter und Verantwortlicher von Verbrechen im Kriege zu sein, diese Realität ist nicht in das Bewusstsein und kollektive Gedächtnis der Bevölkerung eingedrungen.

Die NSDAP und ihre Unterorganisationen sind 1945 von den Alliierten verboten worden. Deren Besitz, wurde konfisziert. Das Benutzen oder Zeigen ihrer Symbole wurde unter Strafe gestellt. Die BRD übernahm 1949 dieses als geltendes Recht. Der Freistaat Bayern übernahm z. B. die Rechte am »Eher-Verlag«, auch Immobilien, und kann damit den Nachdruck von »Mein Kampf« untersagen und die illegale Verbreitung strafrechtlich verfolgen.

Die Verstrickung der Funktionseliten – unabhängig davon, in wie weit sie mit der Nazi-Ideologie verbunden oder in das NS-Herrschaftssystem involviert waren –, wurde nach dem Kriege als »gewesen« und für die Nachkriegszeit zwar als Problem der Ursache von Zerstörung und Leid angesehen, aber weniger als Problem damaliger aktueller Gegenwartsbewältigung – nämlich der immensen Tagesprobleme – und schon gar nicht im Sinne vorausschauender Lösungen der Wiederaufbau-probleme.

Sicherlich nicht unbeträchtlich war das Maß an Identifikationsmustern, die in der Bevölkerung durch die Propaganda der Medien bis zum Kriegsende erzeugt worden waren. Die Positivdarstellungen bis hin zum Konstrukt von Heldenmythen (Rommel, U-Boot-Kapitäne, Jagdflieger) wirkten nach. Die Schandtaten wurden verdrängt.

mag in diesem Zusammenhang auch nicht diskutiert werden. Basis einer solchen tendenziösen Diskussion ist in der Regel: »Welche strategischen und taktischen Fehler sind gemacht worden?« »Welche Technik hatte man und wie wäre sie zu verbessern gewesen?« An seiner Person, wie auch an der von Wernher von Braun, kann man die »Flucht« in die technizistische Diskussion deutlich machen.

Die Beziehung mag man als positives dichotomisches Muster beschreiben, die durchaus an die Identifikationen und Dichotomie-Beziehungen der Wilhelminischen Ära anknüpfen.⁴⁹

5.2. Zurück zum Jahr 1945 – Umerziehung

Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte man begonnen, die lange zuvor in den USA und Großbritannien vorbereitete, sog. *reeducation* (die »Umerziehung«)⁵⁰ der Deutschen umzusetzen. Eine Folge war zweifellos, dass nachhaltige Versuche gemacht worden sind, die Schandtaten Nazi-Deutschlands publik und transparent zu machen. Ein Aspekt war dabei die versuchte Erklärung über den autoritären Charakter. Eine Folge kann auch gewesen sein, dass diejenigen, die das Erklärungsmuster annahmen, dieses auf anonyme Nazi-Täter bezogen und sich selbst (dadurch) aus eben dieser Gesellschaft ausblendeten und eine Wirkung im Sinne nachhaltiger Bewältigung nicht erzielt werden konnte.

Andererseits wurde in der SBZ/DDR keine *Umerziehung* versucht, sondern eine totale *Neuausrichtung* bzw. *Neuerziehung* – wenn nicht gar eine *Umpolung*. Im östlichen Ansatz wurde die Deutung einer Kontinuitätsbildung im Westen zu suggerieren versucht vom Nazi-Deutschland zur BRD, zu »Revanchismus« und »Militarismus«, so die Ulbricht'sche Propaganda, die letztlich nur verklausulierte Synonyme darstellten. Ein eigener Schuldanteil für dieses östliche Segment der deutschen Gesellschaft, das äußerlich »sozialistisch« geworden war,

49 Wenn die Machtverfügenden der ehemaligen »sozialistischen Länder« – von Ausnahmen abgesehen – als personenbezogene Positivbilder im Nachhinein nicht mehr vorhanden sind, so mag es daran liegen, dass diesen Menschen selbst keine wirkliche *Ich-Stärke* oder *natürliche Autorität* zugebilligt wurde (Ulbricht, Honecker, Mielke), sondern die frühere »Akzeptanz« eher auf Angstbesetzungen (Stalin, Breschnew, Jaruzelski etc), zurückzuführen ist; d. h. sie war temporär durch Zwang bewirkt worden und verschwand danach. In diesem Zusammenhang lässt sich als Erklärung das Elias'sche Fremdzwang/Selbstzwang-Muster anwenden. Einige Personen wurden z. T. als zu belächelnde Figuren instrumentalisiert (Honecker-Imitat) oder auch mit juristisch fragwürdigen Prozessen überzogen (Erich Krenz, Markus Wolff), die ebenfalls eine spezifische politische Funktion in den 90er Jahren hatten.

50 Noch Jahrzehnte später wurde von rechtskonservativen Kreisen diese *Umerziehung* als versuchtes Negativbeispiel missbraucht zur scheinbaren Erklärung von Verhaltensweisen der westdeutschen Bevölkerung, die ihnen »nicht in den Kram passte«. Leider muss man es auf diese Weise ausdrücken.

bzw. sich auf diesem Wege befindlich zu glauben hatte, wurde dort ebenfalls negiert und nach »Westen umgeleitet«.

5.3. Folgen in der Nachkriegszeit

Was bedeutet das heute, mehr als sechzig Jahre nach diesem Wahnsinnskrieg und zudem im Jahre sechzehn des vereinigten Deutschlands? Zurückblickend ist festzustellen, dass niemand mit der Situation, die sich 1945 ergab, (viele Menschen – wenn überhaupt – auch erst nach und nach oder erheblich später) »fertig wurde«, d. h. psychisch verarbeitete: zunächst die »Ausgebombten«, dann die »Umsiedler«, die sich selbst als »Flüchtlinge« oder »Vertriebene« verstanden, die »Spätheimkehrer«, dann die »Spätaussiedler«. Im Verwaltungsdeutsch ergaben sich weitere juristisch differenzierende Begriffe für diese Menschen, die insgesamt die Schicksale von *Nazizeit*, *Krieg*, *Haft*, *Verschleppung*, *Unterdrückung*, *Entrechtung*, *Entwürdigung*, *Enteignung* ertrugen und allesamt psychische und physische Qualen erlebt hatten. Sie waren alle mehr oder weniger traumatisiert,⁵¹ kaum jemand war unbeschadet herausgekommen und hatte unbelastet überlebt. Eine zusätzliche und z. T. gewollte, aber ungesteuerte Belastung stellten die nicht belegten *Informationen*, besser *Erzählungen* von Menschen dar, deren Wahrheitsgehalt nicht überprüfbar und damit auch nicht widerlegbar waren, die aber erheblich zur Meinungsbildung beitrugen. Es bildete sich ein Klima der Neubildung als abgelegt geglaubte Stereotype heraus. Resultat war

51 Hilfestellungen seitens der Medizin oder der Psychologie gab es nach dem Kriege faktisch nicht. Im Westen gab es tendenziell die Rückkehr zur Religion. Die Kirchen vollbrachten nicht unerhebliche Leistungen, wobei es in der Regel einzelne Theologen und Pastoren/Priester waren – die Kirchen waren in hohem Maße in die braune Diktatur involviert gewesen, möglicherweise die protestantischen etwas mehr! Mythenbildung war in den 50er Jahren gegeben: die verklärte »Heimat«, »Kameradschaft«, z. T. auch »Heldentaten«, dann die Flucht ins Schöne, die unerreichbare Idylle durch Produktion entsprechender Belletristik und – heute noch regelmäßig zu sehen – in Filmen der fünfziger Jahre. Politisch korrelierte dies mit der neuen Ideologie-Produktion im »Kalten Krieg«: dem »Antikommunismus« sowie der damit verbundenen (im Westen wenn auch in relativ geringem Maße) Produktion von *Diskriminierten* im neuen politischen Kampf.

die latente Angst vor dem Osten als kollektive Psychose,⁵² die »Russenangst«⁵³ und damit verbunden der tendenziell vorhandene »Russenhass«, der zweifellos seine Wurzel in der psychologischen Kriegsführung hatte.

5.4. Erklärungsansätze zur Nichtbewältigung

Die Frage nach dem *Warum* der *Nichtbewältigung* leitet Heinrich August Winkler ab.⁵⁴ Ein Element dieses Fragenkomplexes ist die andere Wahrnehmung und Struktur des Ersten Weltkrieges gegenüber dem Zweiten. Dann die Ermöglichung der »Dolchstoß-Legende« im Wesentlichen durch Nichtveränderung der sozialstrukturellen Machtverhältnisse nach 1918. Die objektive Situation war nach 1945 durch die vollständige Machtübernahme der Alliierten grundsätzlich verändert. Winkler bezieht die Gedanken Thomas Manns in seine Überlegungen ein aus dessen Rede vom Mai 1945, unmittelbar nach Kriegsende in

52 Auf der anderen Seite war die Präsentation einer neuen, sich als besser und universell gültig definierenden und damit sinngebenden neuen Ideologie erfolgt, sowie die harte oder brutale Herausstellung von Sündenböcken: Die Quote derer, die als Nazis gefunden werden mussten, war vom sowjetischen Geheimdienst vorgegeben. Die Folge: Es wurden 1945/46 Menschen nach Buchenwald und in andere Lager im Bereich der sowjetischen Zone gebracht, die dort bereits unter den Nazis gelitten hatten. Unerwähnt und kaum gezählt und nicht gesüht: die Deportierten nach Sibirien – auch aus Polen sowie den anderen später im Machtbereich der UdSSR (Warschauer Pakt/RGW) befindlichen Ländern. Derartige Informationen auf den Reisen nach Polen oder Ungarn in den achtziger Jahren von dortigen Wissenschaftlern zu hören, war deprimierend und kaum fassbar, war man doch als Angehöriger der Nachkriegsgeneration Westdeutschlands distanziert und skeptisch gegenüber den Meldungen gewisser Medien über all das Geschehen im Osten.

53 Ein besonderes Kapitel stellt die Funktionalisierung im Konkurrenzkampf um die Ausrüstung der Bundeswehr dar. Das bedeutet insbesondere die Finanzierung von Entwicklung und Beschaffung neuer Rüstungsgüter in den sechziger Jahren. Den Käufen der Erstausrüstung bei den Verbündeten, insbesondere den USA, folgte zunehmend die Eigenproduktion. Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich zum Rüstungsproduzenten – und im Verbund mit westeuropäischen Partnern, vor allem der französischen Industrie – auch zum Exporteur der Rüstungsgüter.

54 Heinrich August Winkler hat als einer der wenigen westdeutschen Historiker den Weg der Historiographie ergänzt und ersetzt durch den der Gesellschaftsgeschichte. Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*. Bd. I/II. München 2000. Eine gute Kurzdarstellung gibt er in seinem Essay: *Der Untergang*. In: »Der Spiegel« 5/2005.

Europa. Neben dem häufig genannten Argument, dass Deutschland nie eine Revolution gehabt habe, stellt er den Sachverhalt heraus, dass »den Deutschen ihr Zugang zur Innerlichkeit« mehr Unglück als Glück gebracht habe. Die Deutschen seien durch die »deutsche Romantik« ein »Volk der romantischen Gegenrevolution gegen den philosophischen Intellektualismus und Rationalismus der Aufklärung« geworden. In Deutschland hat man es nicht vermocht, den Begriff der Nation mit dem der Freiheit zu verknüpfen.⁵⁵

Als großes Gegenteil sei die Polnische Nation genannt. Die Polen haben immer die Freiheit mit der Waffe in der Hand verteidigt: gegen Russen und Deutsche.⁵⁶ Es gilt als Erkenntnis-Grundlage, dass Thomas Mann in seinem »Stück deutscher Selbstkritik« etwas Wesentliches getroffen hatte, nämlich den Grundwiderspruch der deutschen Geschichte. Kulturell ein Teil des alten Okzidents, hatte Deutschland sich politisch ganz anders entwickelt als seine Nachbarn. Es war sehr viel später als England und Frankreich ein Nationalstaat geworden und noch später eine Demokratie.

Eine weitere Hypothek besteht in der bis 1918 dominanten Ideologie des Kaiserreiches, der propagierten Überlegenheit der deutschen »Kultur« gegenüber der westlichen »Zivilisation«.⁵⁷

Thomas Mann wandelte sich zum Befürworter der Demokratie; viele andere deutsche Intellektuelle nicht. Diese prägenden Intellektuellen »überlebten« das Jahr 1945 noch lange auf westdeutschen Lehrstühlen und in den Redaktionsstuben meinungsbildender Zeitungen. Die (politisch-gesellschaftliche) Nichtbewältigung der Nachkriegszeit knüpft

55 Ebenda. S. 62f. Als Politiklehrer fragt man heute: Was haben Germanisten und Historiker, Deutsch- und Geschichtslehrer zu diesem Unseligen beigetragen. Da gegenwärtig in Niedersachsen die didaktische Gegenreformation abläuft zur »Acht- und sechziger-Bewegung« – oder dem, was deren Gegner unter diesem dummen Etikett subsumiert sehen wollen – soll darauf aber nicht näher eingegangen werden.

56 Man muss hinzufügen, dass sie auch 1981 in der neu gebildeten freien Solidarno[-]Bewegung bereit waren, diese gegen die Sowjet-Russen und die DDR-Deutschen zu verteidigen, deren Kanonenrohre bereits von beiden Seiten auf Polen gerichtet waren.

57 Der hier verwendete Begriff der »Zivilisation« entspricht dem journalistisch und populärwissenschaftlich verwendeten, wie er sich auch in der Germanistik und Historiographie findet. Der von Norbert Elias definierte Begriff, der auf französischen und früh-aufklärerischen Ansätzen und Entwicklungen fußt, wird bisher vornehmlich in der Soziologie und der Gesellschaftsgeschichte verwendet.

an die (kulturell-gesellschaftliche) des »langen« 19. Jahrhunderts und der Zeit danach bis 1933 an.

Die Legitimierung des Antifaschismus resultiert funktional aus seinem Korrespondenz-System, dem Marxismus-Leninismus in dessen Ausprägung als Sozialismus bzw. Kommunismus. Der bürgerliche Staat hätte eine rechtsstaatliche Ahndung und Abrechnung vornehmen müssen. Dieses ist in der BRD nur in Ansätzen geschehen und außerdem im Wesentlichen nur durch die Besatzungsmächte erfolgt. Dem demokratisch-rechtsstaatlichen Anspruch wurde in der Nachkriegszeit im »Kalten Krieg« nicht Genüge getan.

Die USA wurden durch z. B. die Opfer und das Leiden in den provisorischen US-amerikanischen Gefangenenlagern auf den Rheinwiesen im April/Mai 1945 belastet. Offiziell negiert, wussten doch viele Davongekommene von ihren Leiden zu erzählen. Außerdem wusste man um den Kunstraub. Bekannte Beispiele sind die Verbringung (Raub) des Schatzes des Quedlinburger Domes sowie der »Goldzug aus Ungarn«.⁵⁸ Die SS hatte kurz vor Kriegsende geraubtes jüdisches Eigentum, in diesem Falle besonders wertvolle Gegenstände, in Wagons verladen und wollte sie nach Westen »in Sicherheit« bringen vor der heranrückenden »Roten Armee«. Der Zug blieb kurz vor Salzburg stehen und wurde von den Amerikanern aufgefunden. Offiziere und Soldaten bedienten sich und plünderten den Zug. Kunstgegenstände, wertvolles Geschirr und Gold blieben weitgehend unwiederbringlich verschwunden. Die USA will sich nun zu den Plünderungen bekennen und 25,5 Mio. US-\$ an jüdische Wohlfahrtsverbände in Israel, Ungarn und den USA zahlen.

Die negativen Erscheinungen am Kriegsende, hervorgerufen durch Soldaten der »Roten Armee« waren tiefer im Bewusstsein der Bevölkerung eingepägt. Bekannt ist das Foto von einem russischen Soldaten, der einer deutschen Frau deren Fahrrad wegriß. Ein weiteres Beispiel ist das Foto, das ein russischer Fotograf aufgenommen hat, als die »sieg- und ruhmreichen Soldaten« die Rote Fahne auf dem Reichstag hissten. Es musste nachgestellt werden, da ein Soldat an seinem Arm mehrere Uhren trug. Das »Uri, Uri« klang noch vielen Menschen im Ohr; viel schrecklicher aber das »Frau komm!«

All diese Beispiele wurden in Gazetten in Westdeutschland bis über die sechziger Jahre hinaus gedruckt und reproduziert, danach wesentlich nur noch mündlich kolportiert. Sie waren sicherlich auch im östlichen Teil des besetzten Deutschlands, der SBZ/DDR, bekannt. In einer

58 »Hannoversche Allgemeine Zeitung« Nr. 63 vom 15. März 2005. S. 4.

Atmosphäre, in der Einzeltaten fremden Unrechts auf vielfältigen Wegen in den Vordergrund drangen, bleibt kein Raum mehr für die Besinnung auf eigene Taten, auf Untaten der eigenen Figuration.

Die Fragestellung verschiebt sich zugleich mit dem Wandel im historisch zurückliegenden Prozess, in den Wahrnehmungen der ersten fünfzehn Jahre nach dem Ende des Krieges: Statt institutionell nicht wirklich gewolltem und schon gar nicht durchgesetztem »Antifaschismus« – oder vergleichbaren Ansätzen, die nicht mit sozialistischer Diktion verbunden sind. Eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich in Strömen und Bereichen kanalisierte, die durch »Kalten Krieg«, *Nachkriegselend* und nach und nach das »Wirtschaftswunder« gekennzeichnet sind, jeweils verbunden mit dem Sehnen nach der »schönen und heilen Welt«.

Zu den Taten der sowjetischen Beatzungsmacht bzw. der stalinistischen Herrschaft in der SBZ/DDR: Eine jegliche Tat ist Ausdruck eines Aktes innerhalb eines Interdependenz-Geflechtes oder als Ausdruck und Folge desselben einzuordnen. Sie ist niemals als ein isoliertes Faktum existent. Wenn Taten definiert und Täter identifiziert werden können, dann haben die Opfer gegenüber den Tätern oder der Täterkonstellation einen Anspruch auf eine Ahndung. Diese muss zweifellos nach rechtsstaatlichen Regeln erfolgen. Vielleicht haben sie auch ein Recht auf Sühne, zumindest aber einen Anspruch auf Wiedergutmachung bzw. Schadenskompensation.

Eine *Entschuldigung* von Tätern als *Bestandteil* und *Folge* oder gar *Ausdruck* z. B. des Zweiten Weltkrieges oder des »Kalten Krieges« kann und darf nach heutigen – *menschenrechtsdominierten* und *-definierten* – Kriterien nicht erfolgen, akzeptiert und zugelassen werden. Sie kann ggf. (nur) im historischen Kontext untersucht, erklärt und eingeordnet werden. Sie ist damit eine neue Entität und besitzt eine eigene rechtliche Qualität.

Vielleicht ist eine Erklärung möglich über die Funktion der *gesellschaftlichen Lüge* als psychosoziale Methode der Befriedung einer Gesellschaft einerseits und der Stabilisierung des Ordnungssystems andererseits. Darunter sind die Widersprüche zu verstehen zwischen »offiziellen« *Leitbildern* von *Erziehung* und *Zusammenleben* in (als solchen bezeichneten Gemeinschaften), die z. B. transponiert und installiert werden über etablierte Selbstorganisationen (Kirchen/Parteien) oder staatliche Träger (Schulen) und andererseits den Erscheinungen in der realen Gesellschaft.

Eine zentrale Funktion hat dabei der Widerspruch von ethisch oder religiös definierten positiven Zielen und Weltbildern. Dies gilt gleicher-

maßen für das *christliche Menschenbild*, die *sozialistische Moral* wie auch für die *Leitziele im schulischen Wirken* u. v. a. m. Bekannt ist deren abnehmender Validität im realgesellschaftlichen Spannungsfeld. Hinzu kommt tendenziell und partiell ihre Alibifunktion.

Gegenüber dem jeweils *Anderen* erfolgt die Erzeugung und Anwendung von Negativstereotypen und deren Verschärfung bis hin zum Vorwurf der Heuchelei.

5.5. Verdrängungsmechanismen?

Als überlegenswert, verbunden mit weiteren Diskussionen, können die folgenden Gedanken gelten. Sie beziehen sich auf den jüngst in der engagierten Presse diskutierten Thesen von Götz Aly.⁵⁹ Hans-Ulrich Wehler äußert sich kritisch zu diesen Thesen. Er macht dabei aber folgenden Denkfehler in der Bewertung des *NS/Faschismus*, bei dem er allerdings nicht allein steht: Dazu gehört die Überbewertung des Führerkultes, d. h. die ideologische fundierte *freiwillige Loyalität*, die im sog. *Führerkult* kulminierte. Man sollte diesbezüglich auf die massenpsychologische Forschung zurückgreifen. Diese bietet genügend Erklärungsmuster für das »In-Szene-Setzen« von Diktatoren zumeist als Vaterfiguren. Dazu gehören z. B. Hitler, Stalin, Mao, Kim Il Sung, als Genozide resp. Massentötungen zu verantwortende Machthaber. Die umfangreiche Genozid-Forschung soll dabei nicht weiter beachtet werden.

An dieser Stelle könnte eine vertiefende Auseinandersetzung mit den sozialpsychologischen Mechanismen des Stalinismus erfolgen bezüglich: *Zentralismus – Personalismus*, der *Pseudo-Volkskultur*, der Beziehung: *Volk – Klasse*, der Klammerfunktion: *Staatsterror* seitens und in der *Nomenklatura*, die Funktion von *Schauprozessen* und »freiwilligen Schulbekenntnissen«. Die jeweils praktizierten medialen Methoden entsprechen auch denen, die auf demokratisch legitimierte Politiker oder Ikonen des Jugend- bzw. Pop-Kultes zutreffen. Man denke dabei an die Expertenstäbe gegenwärtiger »amerikanisch« durchgeführter Wahlkämpfe.

59 Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt/M. 2005. Besprechungen und Diskussionen erfolgten in mehreren Zeitungen; z. B. in: »Die Zeit«. Siehe insbesondere Hans-Ulrich Wehler: Engstirniger Materialismus. In: »Der Spiegel« 14/2005. S. 50–53; als Antwort: Götz Aly: Wie die Nazis ihr Volk kauften. In: »Die Zeit« 15/2005. S. 45ff. Siehe auch die »taz« vom 12./13., 15., 16. März 2005.

Weiterhin können die Massenpsychosen angeführt werden, die um religiöse Führer herum aufgebaut werden, bzw. sich um diese herum entwickeln. Das gilt für religiöse Führer wie Ajatollah Khomeini oder Papst Johannes Paul II. ebenso wie manche Hysterien gegenüber historischen Figuren, wie den Kalifen Ali, den die Schiiten verehren, für asiatische Gurus oder Auswüchse in diversen Jesus-Kulten.

Loyalitäten einer etablierten Bevölkerung werden in der Regel materiell erkauf (Aly) und durch »Realitäts-Konstrukteure« legitimiert, stabilisiert und perpetuiert.

Die wesentlichen Denkbarriere und -hemmungen, die Wehler in seiner Abneigung gegenüber dem Materialismus offenbart, ist die Tatsache, dass Ideologien im Wesentlichen Legitimationsfunktionen haben. Sie sind gewollte, geplante und durchdachte, d. h. bewusst konzipierte und angewandte Konstrukte zur – in der Regel nachträglichen, aber auch der vorausplanenden – Enteignung, von Raub und Plünderung einschließlich der damit verbundenen Gewalttaten bis hin zur Tötung von Menschen. Das Produzieren und Reproduzieren von Vorurteilen, das Säen von Hass ist die immer wiederkehrende »Aufgabe« dieser Personengruppen.

Die betroffenen Menschengruppen, gegen die sich die Taten richten, werden als Konkurrenten wahrgenommen. Sie sind Minderheiten, in der Regel *Außenseiter*, gegen die sich das Tun der *Etablierten* in individueller oder kollektiver Vorgehensweise richtet. Sie werden als *Fremde* eingestuft, die generell und implizit unter das Problem der *Feindvermutung* fallen.

Das Vertreiben (die Ausweisung aus einer Stadt oder Region, eines abgegrenzten Machtbereiches) – beschrieben seit dem Mittelalter – ist nicht immer die weniger inhumane Variante; die Tötung dieser »Unerwünschten« stellt die höchste Form dieser Machtausübung dar. Letztlich ist dieses als das Böse schlechthin anzusehen. Es gilt zugleich als die Vorstufe von Massentötungen, von Pogromen bis hin zu den Genoziden im zwanzigsten Jahrhundert.

Entscheidend beteiligt sind dabei immer die »Ideologie-Produzenten«. Diese Personengruppen, machttheoretisch formuliert z. B. als die *Helfergruppen* der Herrschenden⁶⁰ sind in der Regel bekannt. Das klas-

60 Vgl. Heinrich Popitz: Prozesse der Machtbildung. Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 1968. S. 362f. Siehe auch Elçin Kür at-Ahlers: Die Brutalisierung von Gesellschaft und Kriegsführung. In: Gewalt im Krieg: Ausübung, Erfahrung und Verweigerung von Gewalt in Kriegen des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. A. Gestrich (Jahrbuch für Historische Friedensforschung 4. 1995). Münster 1995. S. 51–74.

sische Beispiel unseres Kulturkreises ist und bleibt der »Antisemitismus«. Er ist in seinem Kern die Fortführung des »Antijudaismus«, d. h. er besitzt in seinem Wesensgehalt keine neue Qualität in der jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Situation. Er ist die Fortführung eines Prozesses mit langer historischer (also auch und vor allem: religionshistorischer) Wurzel. Es sind die intellektuellen (im Ursprung: religiösen) *Hilfstruppen* von um die Macht kämpfenden Machtverfügenden, unabhängig davon, ob es sich um das Altertum oder die Pogrome des Mittelalters bzw. der Neuzeit handelt, also bis hin zum Holocaust.

Der »Antisemitismus« ist nicht die logische Konsequenz bzw. die zwingende Folge des »Antijudaismus«; er steht aber im geistigen Kontext dazu. Ähnliches gilt für die Instrumentalisierung im »Antizionismus«, der den Kampf der Palästinenser gegen Israel darstellt, aber auch von den sechziger bis zu den achtziger Jahren eine Funktionalisierung als Leitideologie der damaligen Ostblock-Staaten in ihrer Antihaltung gegenüber Israel bedeutete.

Der massenpsychologische wie machttheoretische Kern der Ableitung und Bewertung des »Bösen« ist es, das Wehler, ein vorzüglicher international anerkannter Wissenschaftler, in diesem Falle ignoriert. Es kann sich dabei um eine von ihm selbst aufgebaute Denkbarriere handeln, vielleicht auch um einen starren Unwillen, diese einzureißen.

Im Rückschluss bedeutet sein Ansatz: Der Führerkult war 1945 bis auf wenige Reste zerbrochen; er kann als nachhaltig zerstört betrachtet werden. Das in der NS-Zeit aufgebaute relative Bevorzugungssystem, die materiellen Einrichtungen aus der Nazi-Zeit (ein moderner Begriff wäre: sozialstaatlich) – und dieses hat Götz Aly erforscht und dokumentiert – blieb in der Bewunderung der Deutschen bestehen, wenn auch teilweise als eine Art Trotzreaktion.

Hinzu kommende Konflikt-Linien, psychisch-individualistische einerseits und sozial-strukturelle Erklärungsmuster andererseits, bedeuten mehr als Dissens im wissenschaftlichen Disput. Zu oft verbergen sich darunter Machtkämpfe zwischen den »Platzhirschen« der Historiographie und ihrem »Tross«. Die jeweilige Besetzungspolitik der Länderministerien und die damit verbunden politische Implikationen sind nicht zu übersehen.

Ein Anti-NS-Zugang wurde deshalb auf dieser Ebene erschwert und tendenziell, wenn nicht gar generell verunmöglicht worden. Der Schleier des als positive Wahrnehmung von im Nationalsozialismus in Deutschland entstandenen Einrichtungen lag über der Realität.

Das Problem besteht generell in den Denkbarrieren eines Teiles der »Historikerzunft« und einiger »reiner Geisteswissenschaftler«, die sich sperren, konkret historisch beschreibbare Interessenlagen und resultierend daraus konkret definierte, angestrebte und umgesetzte Ziele ob ihrer Ursachen, ihrer eigentlichen Zielsetzungen, die ob ihrer Ursachen definierten Taten, in deren jeweiligen Zusammenhang stehenden (Legitimations-) -ideologien zu akzeptieren, ja manchmal überhaupt zu sehen. Daraus resultierend die Sperre gegenüber einer Akzeptanz oder auch nur des Nachvollzuges von Antifaschismus bei diesen Intellektuellen.

Ehemalige Nazis hatten ihre Ideologie abgelegt – dieses mag und darf zweifellos als vollzogen betrachtet und als solches anerkannt sein. Dies wurde vor allem dadurch möglich, dass das Vorhandensein einer NS-Ideologie selbst ein Ideologem, eine bewusste Fehldeutung der kulturellen Realität war. Die sog. »NS-Ideologie« war nicht nur *nicht konsequent* – im Gegenteil: *außerordentlich widersprüchlich* und *fragmentiert*. Sie war nicht als Realitätsdeutung geschlossen anwendbar. Sie bestand aus Schlagworten, Handlungsoptionen und emotionalisierten Werteorientierungen, – positiven wie negativen – aus dem aktualistisch die politisch jeweils »passenden« Verständigungstopoi herausgelesen werden konnten. Xenophobie ist ein Relikt dieser NS-Zeit. Sie entspricht ihrerseits wesentlich den Denkmustern und Stereotypen des 19. Jahrhunderts, die in der Nazi-Ideologie vergrößert reproduziert worden sind.

Aus den genannten Gründen konnten ehemalige »überzeugte Nazis« nach dem Kriege ihre jeweils persönlichkeitsbestimmenden Ideologie-Fragmente (autoritäre Fixierungen, Rassismus etc.) behalten und in ein *demokratisches Umfeld* hinübernehmen und auf diese Weise neu legitimieren.⁶¹

Als didaktisches Problem bleibt, dass es keinen Versuch eigenständiger Definitionen des Antifaschismus gibt. Der Begriff ist plakativ in linken Milieus verwendet worden. Das »neue« Denken in Ost-West-Schemata, verbunden mit einer zunehmenden Amerika-Fixierung überlagerte und verdrängte frühe kritische Ansätze der Selbstreflexion und Besinnung. In Teilen der alten Eliten waren zudem die vor allem gegen

61 In den frühen 50er Jahren machte das böse Wort für CDU die Runde als »Club der Untergeschlüpften«. Die FDP stand zeitweilig im Ruf, einem relativ hohen Anteil ehemaliger Nazis Raum für politische Betätigung gegeben zu haben.

den Osten gerichteten Feindbilder (des Bolschewismus) mehr oder weniger latent noch vorhanden und wurden reproduziert.⁶²

Das eigentliche – auch ethische – Problem besteht nun darin, dass damit zugleich der NS/Faschismus als »historisch beendet« angesehen werden konnte und kein Bewältigungsbedarf seitens dieser Personen-Gruppe mehr bestand. Und dieses war offenkundig die Mehrheitsposition in Westdeutschland. Nicht zu unterschätzen sind die Nachwirkungen der tatsächlichen oder auch nur propagandistischen von Aly herausgearbeiteten sozialpolitischen Wohltaten.

Eine Ideologie als historische Entität, d. h. als in sich abgeschlossenen geistigen Raum zu begreifen – gerade wenn wie im Falle des Nationalsozialismus diese »historische Entität« selbst ein verschleiernsdes Ideologem ist – impliziert sie als beendet und für den fortlaufenden Prozess als irrelevant bzw. als gar nicht mehr existent definieren zu können. Dieses leistet einer Anathematisierung des Problemkomplexes Vorschub. Und das kann und darf nicht sein.

Die Intellektuellen, Lehrer, Juristen, Ärzte und Ingenieure aus der Nazizeit haben sich bezüglich einer Schuldfrage oder einer möglichen Verantwortung – und sei es »nur« im moralischen Sinne – ausgeblendet. Dieses ist ihre historische Schuld. Man hat als Ausdruck von Selbstbetrug gesagt: »Es war ein Irrtum.« oder: »Man hat sich geirrt.« Es war ein fataler Trugschluss. Ein aktueller Anlass ist die Diskussion innerhalb des Außenministeriums betreffend der Würdigung verstorbener früherer Mitarbeiter. Interessant ist der Widerstand von Mitarbeitern gegenüber der Anweisung, frühere NSDAP-Mitglieder nicht mehr in einem Nachruf zu würdigen. Der *NS/Faschismus* ist eben kein »brauner Mantel«, der abgelegt, oder weil beschmutzt, mit Persil gereinigt werden konnte.

62 Ein amerikanischer Journalist berichtete einmal in einer Diskussion über ein Gespräch, das er mit dem früheren FDP-Vorsitzenden und Vizekanzler in der letzten Adenauer-Regierung, Erich Mende, geführt hatte. Mende, der sich immer als stolzer Träger des Ritter-Kreuzes fühlte, habe ihm gegenüber einmal bei einer NATO-Tagung geäußert, dass man 1945 schon einmal an der Oder und Neiße gemeinsam für die Freiheit gekämpft habe. Der Journalist habe ihm daraufhin geantwortet, er selbst habe damals als US-Soldat aber auf der anderen Seite gestanden! Mende habe darauf nichts mehr gesagt.

6. Betrachtungen der Zeitgeschichte

6.1. Wechselwirkungen in den Wahrnehmungen

Als wesentliche Erkenntnis kristallisiert sich heraus, dass der gesamte Kontext in hohem Maße eingebunden ist in das Interdependenz-Geflecht des »Kalten Krieges« und dadurch eine Funktionalisierung erfahren hat. Es existiert zugleich eine in Phasen perpetuierte Einbeziehung in die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Machtkämpfe sowohl in Westdeutschland als auch in der DDR. Und dieses über das Jahr 1990 hinaus: Enteignungen, Deportationen, Einweisungen in Zuchthäuser (Bautzen) oder die bestehenden Gebäude der früheren KZ (Buchenwald, Sachsenhausen), Willkür und Gewalt, Drangsalierung von nicht mit den neuen Machtverfügenden⁶³ konform Gehenden durch die Stasi sowie die Arroganz derer (aus der SED), verbunden mit einem neuen Überlegenheitsgefühl derer, die im neuen Machtsystem »hochgespült« worden sind: z. B. Hilde Benjamin, Erich und Margot Honecker, Erich Mielke, Egon Krenz und vor allem natürlich Walter Ulbricht, der »Spitzbart«, wie er in der westdeutschen Presse apostrophiert wurde. Diese das Bild der Westdeutschen prägende Gemengelage wurde nie aufgehoben.

Es gab schon früh in Westdeutschland Berichte über in der DDR »gewendete Nazis«, über Opportunisten in der »Ostzone«. Es handelte sich um etwas, das im gegenseitigen Schlagabtausch der jeweils anderen Seite als nicht legitim und amoralisch zugeordnet wurde. Schnell entstand in Westdeutschland das neue Stereotyp der *Vaterlandsverräter*, diesmal den »Machthabern in Pankow« zugeordnet und offenkundig intendiert. Dieser oder ähnlicher Diktion bediente man sich nicht nur in der sehr weit rechts stehenden Presse.

Es wurde in Westdeutschland nicht zugestanden, dass es in der sowjetischen Zone und späteren DDR Menschen gab, die neue grundlegende Überzeugungen gewonnen hatten und ein wirklich *Neues Deutschland* aufbauen wollten, eingebunden in ein als fortschrittlich definiertes internationales System. In Westdeutschland wurden – die zunächst akzeptierten – Kommunisten schnell an den Rand des politischen Spektrums gedrängt. Dass sie tendenziell durch ihre eigene

63 In der westdeutschen politischen Sprache setzte sich bald der harte Begriff der »Machthaber« durch. Daneben benutzte man den Kampfbegriff »Pankow-Regime«.

Stalinisierung dazu beitragen, liegt auf einer anderen Ebene. Die KPD saß bis zu ihrem Verbot am »Katzentisch« der Politik, wenn auch Max Reimann Adenauer interessante Rededuellen lieferte und dieser ihn im ersten Deutschen Bundestag als Gegner ernst nahm. Generell war eine permanente Herabwürdigung und Kriminalisierung von Kommunisten zu konstatieren.⁶⁴

Die zu spät und in zu geringem Maße erfolgte Bewältigung von Krieg und Nazi-Diktatur hatte eine Ursache in der unbewältigten und bis heute nicht konsensual geklärten Vorkriegsgeschichte. Dies gilt für die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg sowie für die Zeit ab der Weltwirtschaftskrise.

Die Vorgeschichte kann nur angedeutet werden:

- Ein wesentlicher Punkt ist die Spaltung der organisierten Arbeiterbewegung in KPD und SPD in einem Prozess von 1914 bis 1921, in temporär und partiell verfeindete »Brüder« und konkurrierende politische Kräfte, neben den bereits mehrfach differenzierten oder gar zersplitterten Gewerkschaften.
- Die gesellschaftlichen Kämpfe in der breiten Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft und der unteren Mittelschicht substanziell gespürten globalen Krise ab 1929.
- Dem standen positiv die Erfahrungen aus der Zeit von Haft, KZ und allgemeiner Unterdrückung gegenüber, die Verbindungen von Personen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.
- Die partiell in einigen Segmenten als sinnvoll und »historische Überwindung« tief empfundene, aber andererseits als Zwang wahrgenommene Vereinigung von SPD und KPD in Ost-Berlin. Sie bilden eine Hypothek, die bis heute nicht überwunden ist.

Die Schlüssel mögen in der Autoritätsfixierung der deutschen Bevölkerung liegen, wie auch in der Empfänglichkeit für Massenphänomene im Allgemeinen, die psychologisch erklärbar sind und gesellschaftshistorisch der Beschreibung dienen können.

Ein besonderes Problem bilden nicht überwundene Verletztheiten. Es handelt sich z. T. um tiefe Wunden, die erst nach 1989 verursacht

64 Eine erhebliche Rolle hatte der »Verband der Sowjetzonenflüchtlinge«, der bis 1989 ca. 3,5 Millionen Menschen vertrat, die Übersiedler oder Flüchtlingen aus der ehemaligen SBZ/DDR waren. Diese Gruppe und auch die »Vertriebenen« bildeten bis in die 90er Jahre hinein eigene »Landesverbände« in der Union.

worden sind. Diese kommen z. B. auch in einem Beitrag der rls-nachrichten zum Ausdruck. Es ist die Sprache eines tief Verletzten: »Um all das vergessen zu machen, wird die Legende gepflegt, »Extremisten beider Seiten« hätten Weimar beseitigt – und die Nazis seien wegen der Arbeitslosigkeit gewählt worden.« Ist dieses alles so völlig falsch?

6.2. Bildung von Negativstereotypen: zur Ableitung und Ablenkung – Wirkungen bis heute?

Die Stasi hatte im Komplex der Bildung von Negativstereotypen eine relativ geringe Funktion. Ihr Wirken war als »erfolgreicher« Geheimdienst einerseits und als gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Zwangsinstitution bzw. Gewaltinstrument andererseits bekannt und gefürchtet.

Andere Bilder überlagerten dieses Phänomen: Die *Errungenschaften* und *Erfolge* der DDR, wie z. B. das Bildungssystem, die sozialstaatliche Absicherung – wenn auch einschließlich der *Bevormundung* –, der Sport, das Gesundheitssystem, Kinder- und Jugendarbeit. Als negativ wurden empfunden: die Einschränkung von Reisefreiheit, die Versorgungsprobleme und letztlich die marode Wirtschaft. Die gut ausgerüstete und ausgebildete DDR-Armee – widersinniger Weise im Namen mit dem Attribut *National* versehen –, die noch »richtigen preußischen Drill« verkörperte, ward in einigen noch vorhandenen westdeutschen Kommiss-Köpfen neidvoll angesehen und ihre Paraden im Fernsehen bewundert. Das ihr immanente Gewalt- und Zwangssystem spürte man in der BRD dagegen nicht. Die innere Militarisierung der DDR wurde in Westdeutschland kaum thematisiert. Die in den Medien publik gemachten Berichte derer, die »abgehauen« waren,⁶⁵ wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und schnell verdrängt. Die Probleme schließlich bezogen sich auf die Bereiche östlich des »Eisernen Vorhanges«.

Als unangenehm wahrgenommen waren die z. T. schikanösen Praktiken an der Grenze, die im westdeutschen Sprachgebrauch, insbesondere bei den Hoheitsträgern (BW, Grenzschutz, Zoll) als Demarkationslinie (DL) bezeichnet wurde und dann vor allem das »Abkassieren« beim

65 Die sog. Republikflucht war ein schwer zu ahndender Straftatbestand, insbesondere bei den Angehörigen der »Staatsorgane«.

Grenzübertritt: *Zwangsumtausch, Eintrittsgeld* etc; und – sehr »beliebt« bei westdeutschen Autofahrern – die Geldbußen beim Überschreiten der Straßenverkehrsordnung der DDR in sog. Radarfallen.

Der Besuch von Oma und Tante, die Pakete und Geschenke waren bewusstseinsprägend im Sinne der Herausbildung von Hochnäsigkeit und arrogantem Verhalten, das wesentlich auf der Stärke der D-Mark, denn auf eigenen Leistungen beruhte und die von der DDR-Verwandschaft als demütigend, verletzend und herabsetzend empfunden wurden. Bei Begegnungen konnte der Westdeutsche immer sagen: Bei uns ist es besser, größer, schöner, erfolgreicher und freier. Das böse Gefühl hatte sich herausgebildet: Die Verwandten aus dem Osten waren doch nur Bittsteller. Für jene bedeutete dann das Sparwasser-Tor 1974 eine gewisse Kompensation.⁶⁶

Da man als Westdeutscher Angst hatte, schikaniert zu werden, schwieg man beim Besuch oder dem Transit. Auch beim Besuch der Buchhandlung am »Alex«, wo man die »Alu-Chips« loswerden wollte, war man vorsichtig. Hinterher machte man sich Luft durch unfreundliche Bemerkungen oder gab ab Helmstedt wieder ordentlich Gas, nachdem man vorher genau 100 km/h gefahren war.⁶⁷ Das »Abkassieren« durch die Kontrollorgane wurde in westdeutschen Zeitungen oft ironisch, aggressiv, arrogant, zuletzt aber mehr belächelnd⁶⁸ beschrieben.

In geringerem Maße wahrgenommen und zumeist schnell wieder vergessen, waren die Erzählungen der wenigen Menschen, denen die Flucht aus dem »Arbeiter- und Bauern-Paradies«, wie man es in Westdeutschland gehässig nannte, geglückt war oder die durch den sog. *Freikauf* in den Westen gekommen waren.

Die Ersteren waren zumeist recht verschwiegen, da sie Helfer und Freunde nicht gefährden durften. Außerdem konnten sie nur begrenzt auf das Gehör der Westdeutschen hoffen und noch weniger auf deren

66 Es sei angemerkt, dass Herr Sparwasser vermutlich nicht so reich geworden ist wie der inzwischen zum Multimillionär avancierte Ballack, ebenfalls Magdeburger Fußballer, der aber »nur« noch als Deutscher gesehen wird wie auch die frühere Honecker-Bewunderin, die Eislauf-Schönheit Kati Witt.

67 Zu Eindrücken am Grenzübergang Frankfurt/O. vgl.: Lothar Nettelmann: Zwischen den Grenzen. In: Lothar Nettelmann (Hrsg.): Europäische Umbrüche in deutsch-polnischer Perspektive. Reflexionen zur Entwicklungsdynamik in Mitteleuropa. Hannover 2001. S. 69–83.

68 Hierzu gehörte auch die Methode der Witze, z. B. die Schlaglöcher-Witze über den schlechten Straßenzustand oder der »Gänsefleisch-Witz«.

Verständnis.⁶⁹ Die anderen Übersiedler wurden zwiespältig angesehen. Man wusste, dass sich die DDR auf diese Weise unliebsam gewordener Bürger entledigte, die dann oftmals in der BRD ebenfalls nicht zurecht kamen: Alkoholismus, Gefängnisyndrom, Schwierigkeiten mit dem Arbeitsmarkt. Außerdem soll die DDR Spione, im DDR-Deutsch *Kundschafter* genannt, in den Westen gebracht haben. Die wirklich »Politischen« waren öffentlich kaum präsent und schwiegen zumeist.

Eine Zäsur erfolgte in den Tagen des Oktober und November 1989, als die verhassten Stasi-Zentralen – in Leipzig war es die »Runde Ecke«, heute ein Museum und Gedenkstätte – besetzt wurden und Bürger-Komitees die Aktenvernichtung stoppten. Die DDR war zu einem zahllos zusammengebrochenen Staat geworden, auf den man auch zurückblickend z. T. leider immer noch mit Häme herabschaut. »Eisen rostet«, so wurde es ironisch formuliert. Sei es Stacheldraht, Werkzeugmaschinen, Panzer und Maschinengewehre. Die Kohl-Regierung hat letztere zerlegen lassen bzw. in die Türkei »verschenkt«.

Man konzedierte den Menschen nicht ihre Heldenhaftigkeit (Leipzig, die Helden-Stadt). Die positiven Einschätzungen alles dessen, was zuvor gar als beispielhaft eingeschätzt worden war, verschwand schlagartig, es wurde geradezu anathematisiert. Niemand wollte mehr zuvor etwas Positives über die DDR gesagt haben.

Man dachte »ökonomisch-egoistisch«: Die Konkurrenz der leistungsfähigen und -willigen Arbeitsplatz-Bewerber, die mit ihren Familien in Westdeutschland ankamen; das Gerangel auf dem Wohnungsmarkt, der in den Ballungszentren zusammenbrach. Es gab den bis 1989 festgestellten Überhang an leerstehenden Wohnungen und unverkäuflichen Häusern plötzlich nicht mehr. Stattdessen stiegen die Mieten. Dazu kam nach und nach die Demaskierung des »Habens« der DDR, verbunden mit einer nachhaltigen Ernüchterung von der Modrow- bis zur de Maizière-Regierung. Die geschätzte Bilanzsumme wurde zunächst auf 2.000 Mrd. DM geschätzt, dann auf 1.000 Mrd., auf 600 sowie im Frühsommer 1990 auf 300 Mrd. mit sinkender Tendenz.

Es deuteten sich die ersten negativen Salden an, da wurden auf Druck der Kohl-Regierung die Schätzungen gestoppt. Die Wahlen nach der Wiedervereinigung standen an. In den Medien wurden sie bald mit 2000 Mrd. DM in »roten Zahlen« angegeben, jetzt aber als *Kosten der*

69 Ein in Hannover lebendes Ehepaar hat diese Erfahrungen auf der Basis der Einsicht in Stasi-Akten beschrieben. (»Hannoversche Allgemeine Zeitung« Nr. 60 vom 12. März 2005. S. 3.)

Einheit umdefiniert und nicht mehr geschätzt. Oskar Lafontaine hatte 1990 die Wahlen verloren mit seinem Versuch, die Kosten zu thematisieren. Helmut Kohl hatte sie mit sicherem Abstand gewonnen. Seine propagierte Methode, »grüne Landschaften« aus der Portokasse zu finanzierenden, ist in den allgemeinen deutschen Wortschatz eingegangen.

Eine neue Phase war eingeleitet worden: Finanzierung durch Abwälzung auf die Sozialkassen, die Findung neuer Begriffe wie »Aufbau Ost« und »Solidaritätszuschlag« wurden zu Symbolen des neuen Gemeinsamen, das die alten Stereotype überlagerte.⁷⁰

Je nach »Bedarf« wurde nach 1990 vor allem von denen, die über einen besonderen Zugang zu Stasi-Akten verfügten, die wirkliche oder vorgebliche Stasi-Vergangenheit instrumentalisiert und dieses über das Jahr 2000 hinaus. Ein Ende ist noch nicht absehbar. Die DDR war über den unglücklich gewählten Begriff der »Neuen Länder« auf einen Kostenfaktor reduziert worden. Für die Menschen interessierte sich kaum jemand.

Der Kapitalismus mag diesbezüglich als »brutal« charakterisiert werden, insbesondere in seiner gegenwärtigen globalisierten Form. Andererseits: Es ist ein Irrglaube und Selbstbetrug, zu meinen, dass ein dogmatisches System es je »besser gemacht« habe. Auf religiösen oder politischen Dogmen bzw. ihren zugehörigen Symbolsystemen beruhende Glaubenssysteme haben in der Regel spezifische Funktionen in Systemen von Macht und Herrschaft.

»Antifaschismus« wie »Antikapitalismus«⁷¹ dienen als Legitimation für eigene Kampfziele: vertikal mit dem Ziel der Egalisierung einer Gesellschaft, aber unter dem Verschweigen der neuen Hierarchie-Bildung, neuer Machtsysteme und -strukturen, in horizontaler Sicht verbunden mit Ideologien des Egalitarismus. Der »Antikapitalismus« dient auch der Legitimation des eigenen konkurrierenden ökonomischen Modells: Sozialismus als »System der Planung und Lenkung« von *Produktion* und *Konsumtion*.

Der *NS/Faschismus* vertrat ideologisch eine scheinbare Egalisierung. Das eine, die Beibehaltung der vertikalen Gesellschaftsstruktur, die im

70 Auf die Darstellung der neuen Negativstereotype, die sich in sog. Ossi- und Wessi-Witzen in unfeiner Art entwickelten und damit neue Aggressionen freisetzen, soll verzichtet werden.

71 Man bedenke die enge Verknüpfung von Kapitalismus und Faschismus in der linken Faschismuskritik der 20er und 30er Jahre. Die antikapitalistische Bewegung der BRD knüpfte wie die der DDR an diese Ansätze an.

Wesentlichen eine Beibehaltung der »alten« Sozial- und Machtstruktur bedeutete, gilt in der westlichen Bürgergesellschaft als legitim. Als rechtswidrig sind einzuordnen die Ausgrenzung, Entmachtung, Enteignung und letztlich – als Gipfel des Verbrecherischen – die Tötung von Menschen. Dieses alles geschieht auf einer vorgeblich horizontalen Ebene.

Diese Beibehaltung der alten Gesellschaftsstruktur, ihre Wiederherstellung dort, wo sie in der NS-Zeit beeinträchtigt war, könnte als ein wesentlicher Aspekt in der Begründung dafür genannt werden, dass ein *radikaler* »Antifaschismus« nicht stattfand.

Die reproduzierten Negativbilder des Antikapitalismus in der DDR dienten der Abschwächung der eigenen Fehler und Unzulänglichkeiten. Die Logik der Argumentation ist dabei jeweils reversibel und kann aus der Distanz heraus erfolgen.

Stereotypbildung ist grundsätzlich funktional einzuordnen; sie ist zugleich als ein duales, gegenläufiges und interdependentes System zu verstehen. Eine objektive, d. h. eine aus dem Kontext isolierte Bestimmung, ist nicht möglich.⁷² Eine Definition von Wahrheit ist nicht möglich. Dies geschieht nur im theologischen Anspruch.

Es geht um die Beschreibung historischer Vorgänge, des »Erzählens« – so Bundespräsident Horst Köhler – seitens der Erlebenden, die Unmöglichkeit, es theoretisch (eivernehmlich) einzuordnen. Dieses gelingt mit den vorhandenen Modellen und Erklärungsmustern nur partiell. Die bekannten Muster und Modelle haben zweifellos ihren historischen Wert. Im konkreten Falle greifen sie aber nicht; sie unterliegen dem Prinzip der Nichtbestimmbarkeit. Es bleibt die Ableitung ihrer Funktion, die Aufarbeitung ihres jeweiligen instrumentellen Charakters in ihrer jeweiligen Funktion.

6.3. Abschließende Betrachtungen

Der Antifaschismus hat eine ideologische »Legitimationsfunktion« für die jeweils eigene Figuration: Sie ist eine immanente Voraussetzung und dient damit zwangsläufig der Fortexistenz der Gesellschaft in ihrem Spannungsgeflecht, ihren Macht- und Existenzkämpfen – so zynisch

72 Veranschaulichen kann dieses ein Bild aus der Physik: die Heisenbergsche Unschärfe-Relation. Sie besagt die Unmöglichkeit zu bestimmen, wo sich zu einem definierten Zeitpunkt ein Elektron befindet; ebenso kann man nicht die Geschwindigkeit eines Elektrons messen, mit der es eine Strecke zurücklegt.

es klingen mag. Es muss so postuliert werden. Ein Antisystem ist grundsätzlich in seiner Blickrichtung in die Vergangenheit gerichtet und legitimiert gleichzeitig ein neues in die Zukunft gerichtetes *Denksystem*. Es ist diesem funktional verbunden, kann aber – in die Zukunft gerichtet – eine Leitfunktion haben. Dieses stellt wiederum eine ethisch-politische Rechtfertigung dar.⁷³

Eine Antiideologie kann im Bedarfsfall die mangelnde Legitimation eines Staates über demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien – scheinbar – ersetzen. Dies geschieht auf ideologischer bzw. Propaganda-Ebene; möglicherweise auch an der Fassade und mit innerer Hohlheit. Da der *NS/Faschismus* der *kleinbürgerlichen* bzw. der abgesunkenen *bürgerlichen* Schicht entstammte, war es schwerlich möglich, in der sich jetzt als *demokratisch* verstehenden Figuration – der sich *nivellierenden Mittelstands-Gesellschaft* im westlichen Nachkriegsdeutschland – nennenswert und substantiell einen »Antifaschismus« zu etablieren.

Destruktion ist dem *Diabolos*⁷⁴ immanent, er steht unter dem Zwang zu zerstören und unterliegt gleichzeitig einer wahnhaften Selbstsuggestion, einer Konstruktion des Sinnhaften. Er erträgt Kritik auch und gerade dann nicht, weil sie seine zentrale Vorstellungswelt zerstört und

73 Ein vergleichbares im perpetuierten Kampf angewandtes Ideologem als »Anti-System« ist das der *Konterrevolution*. Da die eigene erfolgte postulierte *Revolution* per se legitimiert wird, ist die *Abwehr* der *Konterrevolution* unabdingbares Mittel zur Stabilisierung und Scheinlegitimation der bestehenden Herrschaft. Als Beispiele können genannt werden das »leninistisch-stalinistische« System der Sowjetunion, oder die »institutionalisierte Revolution« in Mexiko. Vergleichbar ist auch das Napoleonische Herrschaftssystem, da sich Napoleon als Wahrer und Umsetzer der Französischen Revolution definierte. Anti-Systeme können als Legitimationsideologien Quellen von – partiell terroristischen – Vereinigungen sein, wie z. B. der ETA oder der IRA, auch die sich als Freiheitskämpfer definierenden Tschetschenen. Menschen, die dann unter dem entsprechendem Psychodruck stehen, bedenken die dann zwangsläufigen Folgen und Konsequenzen einschließlich der Gegenreaktionen nicht – nicht im Sinne vorausschauenden Handelns und in seiner Folge des Unterlassens von Taten zur Vermeidung böser und eskalierender Folgehandlungen aller. Wird am Tun dieser Gruppen grundsätzliche oder auch nur partielle »Kritik« geübt, werden sie aggressiv. Die Gewalt richtet sich gegen die eigenen Mitglieder – zugleich die Propaganda nach außen. Der Terror richtet sich oftmals an die eigene Gruppe, d. h. gegen die früheren Mitkämpfer. Dass dabei oftmals ein gruppeninterner Machtkampf die eigentliche oder auslösende Funktion hat, ist dabei sekundär. Die Hierarchien dieser Gruppen sind nicht nur mit psychischer Macht-Definition verbunden, sondern auch mit materiellem Macht-Zugang.

74 *Diabolos*: In der griechischen Mythologie spricht man vom »Diabolos« – dem *Entzweierenden*, dem *Unruhestifter*.

für ihn einen gesamten Zusammenbruch zur Folge hat. Er ist ein (charakterloser) Machtzyniker, der jede Niederlage hinnimmt, sie aber als von außen und schicksalhaft definiert. Jeweils *andere* sind die schuldhaften Verursacher. Prinzipielles Scheitern wird verschwiegen, anathematisiert oder durch verursachte Euphemismen überdeckt.

Es geht damit bei unseren Überlegungen im Wesentlichen nicht (mehr) um die Eingangs-Fragestellung, d. h. um das ursprüngliche Problem, betreffend den *Antifaschismus* sowie die *Bewältigung* des NS-Systems und seiner Ideologie wie der *Ausprägung* des Faschismus oder auch die *Bewältigung* der Nazizeit.

Der Kern der Fragestellung verlagert sich zur Einbeziehung der Rahmenbedingungen, des Neu-Gegebenen und damit auf andere Ebenen. Das primäre Problem ist damit die Bildung wie Ausprägung von gegenseitigen und gegeneinander gerichteten Negativ-Stereotypen als Funktion der Bildung bzw. Schaffung neuer Herrschaftsstrukturen innerhalb neuer Prinzipien staatlicher Herrschaftsstrukturen und neuer Prinzipien von Machtausübung in den gegebenen Figurationen. Diese überlagert die Antifaschismus-Problematik.

Der ursprüngliche Ansatz – und dies wird im Nachhinein immer deutlicher – basiert sehr stark auf einer moralischen Ebene, auch auf der Basis psychischer und anderer wahrgenommener Verletztheiten, als physisch erlittene Untaten, seine dem aus dem Überzeugungsdenken resultierenden Wunsche der radikalen Umkehr vom Weg des Bösen, der Zerstörung, Vernichtung, der Unmenschlichkeit.

Dieses als solches zu würdigen, die Menschen zu ehren, die aus dieser ethischen Verantwortung heraus in tiefster Überzeugung antifaschistische Prinzipien als ihre Leitregeln ansahen und diese verinnerlichten, dafür manches Unbill in Kauf nahmen für ihr Streben für eine bessere Welt, verstanden im individuellen wie politischen Handeln, bleibt eine moralische Aufgabe der Folgegeneration. Dies gilt für all diejenigen, die in vielfältigen Formen ihren Prinzipien treu geblieben sind, auch denen, die nachwachsend diese Überzeugungen zu ihrer Handlungsbasis machen. Es wäre zu wünschen, wenn der Kern der Prinzipien, die Zurückweisung, der Kampf gegen neues böses Denken und Tun als eine wesentliche Handlungsorientierung und generellen Wert der jetzigen wie kommenden Generation im Bewusstsein der Menschen in Deutschland verankert werden könnte.

Die Philosophin Hannah Arendt stellte bei ihrer Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1949, also 17 Jahre nach ihrer Flucht – bzw. nachdem sie aus Deutschland hinausgeekelt worden ist – fest, dass die Deutschen »keine *Verantwortung* hätten.«

Dieser Gedanke trifft den Sachverhalt *deskriptiv* sehr gut. Es mag dahingestellt sein, in wie weit es die Deutschen im östlichen oder dem westlichen Teil dieses sich in Teilstaaten entwickelnden Deutschlands eher charakterisiert, d. h. die politischen Eliten wie letztlich die gesamte Gesellschaft. Ausgeklammert wird dabei in der Regel der südliche Teil des deutschen Sprachraumes, die sich zu österreichischer Identität entwickelnde Bevölkerung des nun wieder staatlich eigenständigen Gebietes der Republik Österreich.⁷⁵

»Erziehung zur Verantwortung«, so kann und muss man sagen, war der entscheidende Mangel in der Nachkriegszeit. Und heute?

7. Internationaler Rahmen

7.1. Zur Funktionalität des »Kalten Krieges« – Machtdifferentiale

Es scheint notwendig zu sein, noch einmal zu reflektieren, in welchem funktionalen Zusammenhang der »Kalte Krieg« zu sehen ist. In der herkömmlichen Betrachtung wird er als »System-Konkurrenz«, als die feindselige Gegenüberstellung von zwei Machtblöcken kolportiert. Es mag durchaus zutreffend sein, zumindest ist es als nicht falsch anzusehen – es ist aber damit keinesfalls klar definiert und erklärt.

Diese an der Rahmenkonstellation orientierten Betrachtungen, die vielfältigen Darstellungen unterliegen, lassen einen wesentlichen Aspekt außer Acht, die machtspezifische Funktion innerhalb der Gesellschaft des jeweiligen »Machtblockes«, der jeweilige Kampf um Einfluss und Ressourcen, um die »Macht« an sich.

Dies bedeutet eine Neuorientierung der bisherigen überwiegend historiographisch definierten Postulate: Ist also der »Kalte Krieg« eine Folge oder Ausdruck der Machtkämpfe zwischen den beiden großen nach 1945 übrig gebliebenen ideologischen Systemen – wenn man überhaupt definitorisch von solchen als geschlossenen Entitäten sprechen kann – also dem parlamentarisch-demokratisch-freiheitlich-kapitalistischen versus dem monopolsozialistisch-kommunistisch-planungsökonomischen?

75 Man erinnere sich, dass im Volksmund den Österreichern oft die »deutschere« Identität zugeordnet wird; auch daran, dass ein überproportional hoher Anteil der Nazi-Eliten aus Bayern und Österreich stammten.

Ist der wahrnehmbare Kampf auf den Ebenen der Propaganda und der Wirtschaft bis hin zu stellvertretend-militärischen Aktionen und Kriegen – inzwischen gilt es für alle Militäraktionen in allen Teilen der Welt – als Bestimmung für den »Kalten Krieg« geeignet?⁷⁶

Oder ist auf der anderen Ebene betrachtet der jeweilige innergesellschaftliche Machtkampf, d. h. die Institutionalisierung in der mehr oder weniger autoritären Sicherung der Machtpositionen der herrschenden Eliten als Ursache, Grund und bestimmende Größe hinzunehmen – also die nach außen transponierte Spannungskonstellation?

Die Antwort ist für die östlichen Systeme leichter zu geben. Die dortige über die »Staats-Parteien« organisierte politische Elite, die – demokratisch nicht kontrolliert – über das physische und ökonomische Machtmonopol verfügte, deren psychisch-ideologische Machtquellen in der Regel aber niemals realiter dem postulierten Anspruch entsprachen und die eine Spannbreite von Abwehr- und Verdrängungs- aber auch temporären bis lang anhaltenden Anpassungsmechanismen hervorrief, benötigte zur Legitimierung der Macht den (ideologischen) äußeren Feind. Dieses schließt auch die Funktion zur Stabilisierung der innergesellschaftlichen ökonomischen Defizite und sich perpetuierenden Unzulänglichkeiten sowie neuer Kriege ein.

Inwieweit dieses entsprechend für die demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften gilt, blieb eine lange Zeit ein Tabu und ist – gewollt (?) – niemals untersucht worden. Vermutlich hat phasenweise der sich erhöhende Lebensstandard bis hin zum Wohlstand dieses nur überdeckt.

In den kapitalistischen Ländern werden oftmals rüstungsökonomische Gründe genannt, die insbesondere seitens der Linken nach dem *Korea-Krieg* und noch mehr während der ersten Phase des *Vietnam-Krieges* angeführt worden sind.

Ein Argument wäre, dass ökonomisch-technologischer Fortschritt wesentlich den Krieg (auch den Weltraum) als »Vater« hat. Diese uralte und immer wieder geäußerte Formulierung sollte öfters als Hilfestellung zur analytischen Betrachtung herangezogen werden, selbst wenn

76 In den USA wird der *Korea-Krieg* als der »vergessene Krieg« bezeichnet; an den *Vietnam-Krieg* wird nur noch von den Veteranen-Verbänden im Sinne eines patriotischen Kampfes für *freedom* pauschal erinnert, wie inzwischen für alle Kriege, die man führte: gegen Spanien, Mexiko und Cuba. Die Kriege gegen die britische Krone werden selten erwähnt. Der Sezessions-Krieg wird als »Civil-war« diffus in den Kampf um *freedom* einbezogen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die vor allem in den neunziger Jahren entstandenen Veteranen-Denkmalen und deren (neue) Inschriften auf den »memorials«.

sie keine innergesellschaftliche Ursachen-Definition stützt. Die in den siebziger Jahren (vor dem Ende des *Vietnam-Krieges* u. a. als »Pentagonismus« apostrophierte Diskussion) sah das Motiv des Krieges in der Legitimierung der Überrüstung, die ihrerseits eine Ausbeutung vor allem der eigenen Gesellschaft bedeutete. Viele Beispiele des »Abfall-Nutzens« für die Militärforschung ließen sich anführen. Vielleicht ließe sich auch der Frust über frühere und nun verlorene Absatzräume in den Bereichen des nun »Sozialistischen Lagers« anführen oder auch das Ziel einer Destabilisierung des Ostens, der sich andererseits immer deutlicher als potenzieller Absatzraum anbot wegen seiner sich abzeichnenden »Konsumwüste«.

Eine Methode im »Kalten Krieg« ist der *psychologisch-propagandistische Krieg*, der immanent in erheblichem Maße die Stereotyp-Produktion zum Gegenstand hat. Für den Osten wäre auch dieses leichter erklärlich. Das Ulbricht'sche Vokabular sowie das der Herren von Schnitzler⁷⁷ und Honecker ist noch bekannt. Für den Westen – die B.R.D.⁷⁸ – ist es auf den ersten Blick schwieriger. Konservative Gruppierungen benötigen in den gesellschaftlichen Segmenten, die sie vertreten, andere Legitimationsmuster. Die Zielgruppe der Flüchtlinge/Vertriebenen und hier insbesondere der ca. dreieinhalb Millionen Personen umfassenden Gruppe der »Sowjetzonenflüchtlinge« wäre zu nennen.

Für die US-amerikanische Gesellschaft wäre die sich erneuernde und perpetuierende Feindbild-Produktion der Gegenwart zu nennen. Man definiert nach Bedarf neue und findet auch neue Kriegsgründe, wobei einen zunehmenden Anteil monopolartige Medien haben.⁷⁹

77 Es ist geradezu bezeichnend, dass es nie gelang, die beiden propagandistischen Gegenpole von Schnitzler (DDR-Fernsehen; zuvor Hessischer Rundfunk) und Löwenthal (ZDF) im Fernsehen der Nachwendzeit aufeinander loszulassen. Wahrscheinlich hätten sie sich gar nichts Unfreundliches zu sagen gehabt und sich nur gewundert, dass sich niemand mehr für sie interessierte. Sie hatten ihren funktional bestimmten Job innegehabt, ihr Geld verdient und viel Unheil angestiftet. Bezeichnend ist die Tatsache, dass sich niemand mehr etwas davon versprach, sie zu präsentieren.

78 Man denke an den Unwillen, mit dem gewisse etablierte Kreise in Westdeutschland dieses »DDR-Kürzel« abtun wollten und sich manche Schulbürokratien nicht entblödeten, es zu verbieten versuchten, was oftmals gegenteilige Wirkungen hatte. Andererseits bemühte man sich in Bonn sehr schnell ab 1990 den »Deutschland-Begriff« durchzusetzen. Dies geschah z. B. auf den Briefmarken ohne parlamentarische Diskussion und Beschluss.

79 Genannt sei in diesem Zusammenhang der Murdoch-Konzern, über den es inzwischen genügend Untersuchungen und Dokumentationen gibt.

Es ist die These zu wagen, dass der »Kalte Krieg« – in Europa – zwar ein reales Phänomen in der historisch-politischen Wahrnehmung ist und dafür als solcher auch tatsächlich existierte, primär aber ein postuliertes *Phantom*, ein *Ideologem* mit innenpolitischer Funktion und Ausdruck derselben. Ein »kalter« Krieg lässt sich nicht beweisen. Der »Kalte Krieg« hat damit primär eine Überschriftenfunktion. Er ist nicht die Rahmenbedingung, sondern drückt deskriptiv den zeitgeschichtlichen Ablauf aus.

Eine Beweisführung, ob innenpolitische, machtspezifische Mechanismen in diesem zeitgeschichtlichen Phänomen dominieren, ist zweifellos schwer zu erbringen. Die zunehmende Lebenserfahrung eines »Zoon politicon« spricht aber dafür. Zumindest ist der »Kalte Krieg« Ausdruck und Folge der Spannungskonstellation seiner zugehörigen Gesellschaften. Diese sind dabei die Ursachen.

Nach der Zerstörung nahezu aller zuvor gegebenen strukturellen Ebenen und Beziehungen erfolgten logischerweise stringent neue Machtbalancierungs-Prozesse in den jeweiligen Gesellschaften. Zu Beginn neuer Phasen in historischen Abläufen sind jeweils entsprechende Mechanismen zu beobachten.

Ähnliches beobachtete man unter veränderten Prämissen nach 1989/90. Nach 1945 befand sich die Stoßrichtung versus der KPD als Kern, gemeint war aber die gesamte Linke, wenn nicht gar ein zunehmender Anteil der sozialen Bewegungen. Nachdem in der konservativ dominierten CDU die sozialistische Fraktion an Einfluss verlor, richtete sich der Kampf in der Adenauer-Ära wesentlich gegen die deutsche Sozialdemokratie, dann aber zunehmend als einen innerpolitischen Gegner im – legitimen – Kampf um die Macht. Neue gesellschaftlich-politische Konstellationen bewirken neue Ansätze, die Mechanismen und Prinzipien variieren dabei.

Man bedenke die Vorbehalte und Verdächtigungen, die es »bei uns im Westen« gegenüber jungen Leuten gab, beginnend in den sechziger Jahren und sich hinziehend bis in die achtziger, wobei wohl erst das Ende der staatlichen Einstellungspraxis in der BRD erst das Ende bedeutete. Es müssen jetzt noch ergänzende Beispiele gefunden werden, die als Belege geeignet sind.

7.2. Internationaler Bezug und Rüstungsökonomie

Internationale Interdependenzen sind funktional verbunden mit innergesellschaftlichen Macht-Balancen. Stereotyp-Bildung ist eine Methode in Machtkämpfen.

Ein Beispiel: Der Verfasser hat 1970 in einem Seminar der Politischen Wissenschaft des damaligen Friedensforschers Horst Affhelt gegessen, der an der Uni Hannover als Gastdozent tätig war. Es war die Zeit, als die Sowjetunion begonnen hatte, die in unseren Augen irrsinnige Hochrüstung ihrer Marine voranzutreiben. Im Wesentlichen handelte es sich um den Bau von Atom-U-Booten mit Atomsprengeköpfen sowie den Ausbau der sog. Schwarzmeer-Flotte. Damals wurden im »Spiegel« entsprechende Planungen veröffentlicht und Zahlen genannt. Unser damals entscheidender Gedanke war nicht: Stellt diese Flotte ein Ernst zu nehmendes Gegengewicht zu den Marine-Einheiten der NATO-Staaten dar – was immer das auch sei.

Ausgehend von dem empirischen Sachverhalt, dass Kriegsschiffe in der Regel nach ca. 25 Jahren außer Dienst gestellt werden müssen und außerdem ein erheblicher Teil des zivilen wie militärischen Personals in den Ruhestand versetzt werden muss, stellt sich die Frage, wie die UdSSR den Ersatzbedarf der dann neu in Dienst zu stellenden Schiffe finanzieren wird, die sich erfahrungsgemäß erheblich verteuern würden. Hinzu kommt jeweils das nachrückende Personal. Man wusste im Westen außerdem, dass pensionierte Militärs in der UdSSR sehr privilegiert versorgt würden. Wie würde sie dieses volkswirtschaftlich verkraften? Man konnte damals bereits ableiten, dass sie spätestens nach dem genannten Zeitraum in erhebliche Schwierigkeiten kommen würde. Der Zusammenbruch, ein klassischer staatlicher Gesamtbankrott – wurde denn auch Anfang der achtziger Jahre von der Gorbatschow-Administration erkannt, faktisch eingestanden und offenbart.

»Der SPIEGEL« schrieb mit Häme darüber. Als Studenten, die in ökonomischen Zusammenhängen sowie seitens der Mehrheit der Männer auch in militärischen Kategorien gelernt hatten politisch zu denken, waren wir 1970 sehr wohl in der Lage, die Situation beurteilen zu können. Bedrückende Folgefragen ergeben sich, wenn diese gedanklichen Ansätze auf die gegenwärtigen internationalen Spannungsbeziehungen angewandt werden.

Ein sich heute im innerdeutschen Diskurs – das dieses leider nur in Ansätzen ist – ergebendes Problem ist die Frage, wie geht man mit dem Anspruch gegenseitiger persönlicher Anerkennung und Achtung und

gar individueller Wertschätzung mit diesem spannungsgeladenen Sachverhalt um, der eine umfassende Involviertheit darstellt?

Die distanzierte wissenschaftliche Aufarbeitung der Zeitgeschichte genügt dabei keinesfalls. Andererseits ist es beklemmend, dass der notwendige Diskurs nicht oder nur unzureichend erfolgt. Das Verschieben in die Nischen der Öffentlichkeit leistet den Verdrängungen und damit dem Missbrauch durch neue Instrumentalisierungen Vorschub.

Leider ist genau dieses in der Publizistik, der »veröffentlichten Meinung«, der sog. »öffentlichen politischen Diskussion« zu beobachten. Mehr noch: Die schleichende aber nachhaltige Anathematisierung, mehr oder weniger direkte bzw. gezielte Einflussnahme in den Hochschulen und noch mehr in den von Lehrplänen abhängigen allgemeinen Schulbereichen sind konstatierbar. Sie sind widerlich, zwingen aber ethisch bewusst Handelnde und im Bereich der Politischen Bildung Tätige zum Handeln, zumindest nicht zu schweigen.

8. Tabu – Phänomen – Phantom

Das, was sich als Erklärung herauskristallisiert, stellt zugleich eines der großen Tabus der Nachkriegsgeschichte dar.

Die Frage der innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die nach den Brüchen der vierziger Jahre erfolgenden Prozesse neuer Machtbalancierungen sind die dominant prägende Größe in der Untersuchung der Frage nach den Wechselbeziehungen zwischen dem Antifaschismus, der Stereotypbildung und ihrem Rahmen, dem »Kalten Krieg«.

Der Verfasser neigt mehr und mehr dazu, den »Kalten Krieg« selbst als das »Große Phantom« von 1945 bis 1990 anzusehen. Dieses vollständig zu entkleiden, ist die Zeit noch nicht »reif«. Wohl gemerkt: Der »Kalte Krieg« ist zweifellos ein real existierendes zeitgeschichtliches Phänomen. Der Begriff benennt zutreffend eine Phase von nahezu einem halben Jahrhundert. Als Basis und Bezugsgröße einer Funktionalisierung im weltpolitischen Machtkampf ist er aber ein Phantom.⁸⁰

80 Als bereits vor Jahren diskutiertes und zugleich einer gewissen Tabu-Belegung unterworfenen aktuelles vergleichendes Beispiel mag die »Globalisierung« gelten. Auch sie ist ein zweifellos vorhandenes Phänomen. Der Begriff »Globalisierung« überdeckt aber primär eine gegenwärtige Phase weltökonomischen Ablaufs seit den neunziger Jahren. Zufälligerweise (?) schließt sich diese Phase an die des »Kalten Krieges« an. Sehr bald wurde auch diesbezüglich von einer Phantom-Diskussion

Es ist in der Gegenwart – dies gilt für den früheren »Westen« und vielleicht noch mehr für den erfolglosen »Osten« – noch nicht möglich, dieses Phänomen hinreichend analytisch zu erforschen.

Das Tabu, an dem in den 60er und 70er Jahren versucht wurde zu rühren, ist die Involviertheit von Elementen der Nazi-Herrschaft, der Macht- und insbesondere deren Funktionseliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Der Kern der *kritischen* Generation der sechziger und siebziger Jahre bestand in diesem Motiv, das damals ursprünglich als *ethischer* Beweggrund definiert worden ist.⁸¹

Der Abwehrkampf der *Rechten*, wie sie damals pauschalisiert worden sind, setzte ein. Wirksam wurde es erst, als kranke Hirne der *Linken* ihre Wahnsinnstaten vollbrachten und einer totalen Selbstüberschätzung sowie Fehleinschätzungen verfielen. *Terrorismusbekämpfung* und *Radikalenerlass*, beides zugleich Ausdrücke für kollektive Psychosen, waren die Folge. Der Vorwurf der »Berufsverbote« entstand in Folge als Kampfbegriff einiger Gruppen der *Linken*, was seinerseits fatale Dissonanzen nach sich zog.

Im Kern: Das Problem lag darin begründet, dass »Belastete« in Entscheidungspositionen aufgestiegen waren und Skandale nach sich gezogen hatten.⁸²

gesprochen, so z. B. von Michael Vester, Hannover. Das Wesentliche an der »Globalisierung« ist seine interessensspezifische Instrumentalisierung im innergesellschaftlichen Macht- und Verteilungskampf. Der ist ein »Totschlagsinstrument« zur Durchsetzung ökonomischer und politischer Partialinteressen in miteinander konkurrierenden Regionen. Dies gilt besonders für die »alten« EU-Länder. Die »Globalisierung« ist funktionalisiert – ein Beleg für ihre Existenz als Phantom.

81 Dies könnte auch die Aggressivität (wenn nicht gar den Hass) erklären, mit dem versucht wird, alle Erkenntnisse und Ansätze der 60er Jahre auszulöschen und bis heute einer negativen Besetzung zu unterwerfen, um diese zu stigmatisieren und zu anathematisieren. Dies gilt z. B. für den gegenwärtigen Berliner Wahlkampf, in dem ein erklärter anti-68er Spitzenkandidat – im Übrigen ein integrierter und persönlich vom Vf. geschätzter Politiker, der vermutlich aber damals schon nichts von dem begriffen hat, was er kritisiert und wiederholend als Wahlkampfmunition benutzt – bezüglich der sog. 68er-Bewegung, die ja wesentlich aus den Fragen nach den Verstrickungen von Universität, Industrie und NS/Faschismus entstanden ist – nach wie vor bei einer nennenswert vorhandenen Wählerklientel auf Stimmenfang geht.

82 Auf Namensnennungen soll hier verzichtet werden. Als Beispiel bietet sich ein FDP-Politiker an, der in den fünfziger Jahren in Niedersachsen Kultusminister war und erst nach einem halben Jahr nach entsprechenden Protesten in den Medien abgelöst worden ist. Ein anderes Beispiel aus Niedersachsen ist ein CDU-Politiker, den dessen SS-Vergangenheit in den 70er Jahren einholte auf Grund von Recherchen einer Person, die ihrerseits zunächst erhebliche Schwierigkeiten bekam.

Erfolge im politischen Machtkampf um innerparteilichen Aufstieg resultierten erheblich in der Wahl der Mittel, die der »Kalte Krieg« sehr bald ab 1945 bot. Entsprechende Phasen der *Kommunistenhatz* sind aus den USA in der sog. McCarthy-Ära bekannt.

Bedrückend ist, dass in Westdeutschland gegenwärtig ein Klima herrscht, das an bisherige Verdrängungen anknüpft und durch Anathematisierung in Bereichen der institutionalisierten Politischen Bildung erfolgt.

Die Beschäftigung mit Geschehnissen im östlichen Teil des »wiedervereinigten Deutschlands« – schon dieser Begriff ist als Definition ungeeignet – von historischen Phasen, die mit den Begriffen wie »Stalinisierung«, »Ulbricht'scher Gewaltherrschaft«, »Neostalinisierung«, und »Honecker-Ära« belegt werden, sind zunehmend den Tendenzen von kollektivem Vergessen wie administrativer »Anathematisierung« unterworfen.

Ein gewisses zeitgeschichtliches Forschungsinteresse mag einigen Universitäten konzidiert werden können. Da aber Instrumentalisierungen der Vergangenheit kaum noch erfolgen können,⁸³ ist eine wirkliche Aufarbeitung, die einem breiten analytischen wissenschaftlichen Anspruch genügt sowie einem didaktischen Umsetzungsanspruch, nicht erkennbar.

Ein Aspekt mag sein, dass es in Westdeutschland vor allem im Süden, keinerlei Interesse daran gegeben hat. Warum wohl nicht?

9. Zum Schluss: die Abkehr in das Positive

Es muss noch einmal die Frage gestellt werden, was der »Antifaschismus« ist. Er ist kein *geschlossenes gedankliches System*. Ein Anti-System kann dieses nicht sein, wenn das *gegnerische*, das zu *ersetzende* selbst kein solches ist. Dies mag lapidar klingen. Zum Ideologiecharakter des *Faschismus/NS* wird dazu an anderer Stelle etwas gesagt.

Die bisher ausgeklammerte Fragestellung, die über die zeitgeschichtlich-soziologische Problemstellung hinausgeht, soll und muss einbezogen werden. Sie ist eher der politisch-rechtlichen Ebene zuzuordnen.

83 Primitive Wahlkampf-Gags wie die »Rote-Socken-Kampagne« der neunziger Jahre sind obsolet geworden.

Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus soll dieser Ansatz an das Ende gestellt werden.

Welches sind nun die wesentlichen Elemente in Westdeutschland, man mag sie als *Abkehr*, *Umkehr* oder *Ablehnung* bezeichnen? Sie wurden mit der beliebten Formulierung: »Es dürfe sich nicht wiederholen!« plausibilisiert. Sie waren aber die wesentliche Grundlage für die inhaltliche Auskleidung des *Neuen* im Nachkriegsdeutschland.

Aus gutem Grund wurden die *Grundrechte* in den ersten Abschnitt der neuen Verfassung – des Grundgesetzes – aufgenommen. Weiterhin war Grundlage das *Rechtsstaatsprinzip*. Der NS-Staat wurde als »Unrechtsstaat« definiert. Dieses Prinzip wurde untermauert durch den *Widerstandsparagraphen*, der für den Fall der Verletzung des GG ein spezifisches Widerstandsrecht der Gesellschaft vorsah. Das *Demokratie-Prinzip* wurde als die »dritte Säule« über das *parlamentarisch-demokratische* Regierungssystem eingeführt und über das Grundgesetz einschließlich seiner Kontrollmechanismen garantiert.

Die ersten programmatischen Erklärungen der Parteien nach Kriegsende weisen eindeutige Bekenntnisse auf, die als »antifaschistische Haltung« bezeichnet werden können. Auch das Grundgesetz der BRD weist eine grundlegende Tendenz auf, die Versuchen vorbeugen sollte, jemals wieder etwas wie die NS-Diktatur zu installieren (z. B. generell durch die Rechtsstaatsgarantie, auch den »Widerstandsparagraphen« und z. B. die §§ 19, 74/16, 139). Die Alliierten hatten bereits mit Übernahme der Hoheitsgewalt auf Grund der bedingungslosen Kapitulation Elemente des NS-Rechtes eliminiert.

Nicht zu unterschätzen ist die »vierte Säule« des am 23. Mai 1947 gegründeten Staates: das *Sozialstaatsprinzip*. Es erscheint bedenklich, dass gerade dieses gegenwärtig einer Erosion unterworfen scheint.

Inhaltlich wurde das, was das *Verwerfliche*, das *Unmenschliche* und *Böse* des NS-Systems ausmachte, über den neuen *Rechtsstaat*, aufbauend auf *alliiertem Recht*, ausgekleidet und über die *parlamentarische Demokratie* umgesetzt. Wesentliche Elemente sind dabei die Stärkung der »Dritten Gewalt« über die Einrichtung des *Bundesverfassungsgerichtes* (BVG) und der *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Ergänzend könnte das Prinzip des *Föderalismus* als horizontale Ausweitung der *Gewaltenteilung* angeführt werden.

Nicht zu vergessen ist das Misstrauen seitens der Alliierten, das auch nach der Gründung der BR Deutschland im Jahre 1949 erkennbar war und in spezifische Kontrollfunktionen einmündete. Dazu gehört die Einbindung der jungen Bundesrepublik in von den Nachbarstaaten –

also den ehemaligen Kriegsgegnern – dominierten Bündnis- und Vertragssystemen.

Die völlige Unabhängigkeit war auch nach 1955 noch nicht gegeben. Man denke an die alliierten Vorbehaltsrechte, die zudem nicht vollständig durch die Notstandsgesetzgebung 1968 aufgegeben worden sind. Ein Restbestand sind z. B. bis heute die unkontrollierten Flüge US-amerikanischer Militärmaschinen über deutsches Territorium. Die amerikanischen Truppen haben weiterhin das Recht, alles in ihrem Ermessen stehende zu tun bei Störung oder Gefährdung ihrer Truppen in den deutschen Standorten!

Eine andere Ebene wurde in der Gesellschaft nicht als ursächlich für den *Faschismus* bzw. das *NS-System* angesehen – wenn auch das Anwachsen der Nazi-Bewegung von Historiographen mit der *Weltwirtschaftskrise* in Verbindung gebracht – und damit auch nicht bezüglich von Schuld: das *kapitalistische Wirtschaftssystem* und die außenpolitische Expansion, also die Eroberungskriege! Dass der II. WK in Osteuropa zugleich ein von vornherein geplanter physischer und psychischer Vernichtungskrieg war, wurde eine lange Zeit nicht deutlich gesagt und gelehrt. Bezüglich des verlorenen Krieges war nicht »die Kriegführung« als solche das Problem. Der Krieg war bereits zu Geschichte geworden!

Ausgeblendet werden müssen im gegebenen Zusammenhang die von östlicherseits propagandistisch unterstellten Ansätze, die »Ergebnisse des Krieges revidieren zu wollen.« Die BRD wurde seitens der westlichen Alliierten so in ihr Bündnisssystem eingebaut, dass eine eigene Verfügbarkeit über die Armee ausgeschlossen war und sie auf Offensivwaffen verzichten musste. Die Bundeswehr wurde wesentlich als Defensivarmee konzipiert.⁸⁴

84 Es sollte dabei erwähnt werden: Die Bundeswehr verfügt bis heute über keinen eigenen Generalstab. Erst in den 60er Jahren erhielt sie eine Stelle für einen General (4 Sterne) auf NATO-Ebene, d. h. mit hoher Kommandogewalt. Der Marine wurden große Einheiten versagt und der Luftwaffe Kampfbomber! Die französischen atomaren Kurzstreckenraketen, die in der Provence und in den Vogesen stationiert worden sind, hatten eine Reichweite von wenigen hundert Kilometern; d. h. sie konnten nur deutsches und italienisches Territorium erreichen. Erst in den sechziger Jahren (nach der Kuba-Krise) durfte und sollte (?) die Bundeswehr über Trägersysteme verfügen für atomare Sprengköpfe. Diese standen allerdings unter einer vollständigen amerikanischen Kontrolle. Bezüglich des Standards von Zivilisierung dieser westdeutschen Armee durch das Prinzip der »Inneren Führung« soll erwähnt werden, dass die Rekruten darüber belehrt wurden, dass sie menschenrechtswidrige Befehle nicht ausführen durften.

Grundsätzlich lenkten die westlichen Vertragspartner in der Frühphase der BRD wesentliche politische Entscheidungen und engten damit den Handlungsspielraum der Bundesregierung ein. Die Kontrollfunktion blieb sehr lange bestehen. Auch die Richtungen wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen wurden gelenkt. Zweifellos hatte dieses auch die Funktion, die Konkurrenz einzuschränken und zu behindern. Andererseits gab es später eine zunehmende Kooperation auf westeuropäischer Ebene, so dass die BRD zunehmend (in den 70er und 80er Jahren) auch zum Rüstungsexporteur wurde, zumeist unter französischem Firmenschild. Generell kann man sagen, dass von Anfang an eine Lenkung und Beeinflussung im wirtschaftlichen, außen- wie innenpolitischen Bereich und im Wissenschafts- bzw. Technologiesektor erfolgt ist.

Der europäische Einigungsprozess als solcher ist ebenfalls als bewusste Abkehr und damit spezifische Antwort auf die Zeit des Faschismus/NS einzuordnen. Man denke z. B. an den jungen Helmut Kohl, der zusammen mit anderen Jugendlichen aus der Pfalz und dem angrenzenden Frankreich zur Grenze radelte und dort die Schlagbäume öffnete. Dieses sehr zum Verdruss der französischen Grenzer! Es gab umzusetzende positive Ziele, auch Visionen im Zusammenhang mit der *Europäischen Einigung!*

Ansätze eines Antisystems mussten angesichts dieser Entwicklung verblassen. In wie weit dieses gewollt und intendiert war, ist schwer zu sagen. Ich bin nicht von einer »gesteuerten Kampagne« überzeugt. Wenn dieses in der DDR konserviert wurde, also der Antifaschismus als eine Art *Staatsziel* oder gar als Definitionsbasis, dann muss dieses im Zusammenhang mit den übrigen Aspekten der Konzeption der DDR gesehen werden. Das Problem wird also grundsätzlich darin bestehen, wenn man bezüglich des Antifaschismus als einem geschlossenen System diskutieren möchte.

Ein schwer zu lösendes Problem sind die Verhaltensweisen und die Bewusstseinsbildung in der westdeutschen Gesellschaft. Ansätze und Versuche sind im vorgelegten Text enthalten.

10. Didaktischer Anhang

10.1. Didaktische Fragen als Leitfragen zum Einstieg

Um die Gesamtproblematik einzuführen und einzuengen, bieten sich Leitfragen an:

- In wie weit hat es in Westdeutschland einen »Antifaschismus« gegeben?
- In wie weit ist dieser gewollt oder auch nicht gewollt gewesen?
- In welcher Beziehung steht der Antifaschismus im Nachkriegsdeutschland mit der nicht *erfolgten* oder nicht *gewollten* Bewältigung der Vergangenheit?
- In wie weit steht der Antifaschismus als Negation des Bösen kollektiven Wahrnehmungen gegenüber?
- In wie weit gibt es Widersprüchliches in der Wahrnehmung des Bösen und Beurteilung des Geschehens?
- Welche Mythen und Legenden haben sich herausgebildet – und warum?
- Wie gehen Schule und Universität damit um?
- In wie weit ist die Beziehung: *Verursacher* – *Verantwortliche* – *Täter* erforscht und dokumentiert?
- In wie weit hat der Antikommunismus eine Ersatzfunktion – oder besser: eine Ablenkungs- und Ventilfunktion?
- In wie weit haben ablaufende Prozesse in der westdeutschen Gesellschaft letzteres begünstigt oder gehemmt?
- Welche gesellschaftlichen Gruppen versuchten dieses zu *steuern* oder auch zu *verhindern*?
- In wie weit sind Ansätze zur Bewältigung von Geschehen als *Abkehr*, *Umkehr* und *Gegenstrategie* in vergleichbaren gesellschaftlichen Situationen möglich gewesen und bereits erfolgt?
- Kann eine an charakteristischen Beispielen erstellte Skizze des Ablaufs der Nachkriegszeit in der zunächst prägenden zweiten Hälfte der 40er Jahre sowie den entscheidenden 50er Jahren hinreichend erfolgen?
- Welche Funktion hat die – partiell – gegeneinander gerichtete Wahrnehmung der Alltagswelt innerhalb der beiden deutschen Teilgebiete und späteren Teilstaaten?
- Welchen bestimmenden Einfluss hat die Herausbildung des »Kalten Krieges« in seinem überlappenden Übergang vom »Zweiten Welt-

krieg« und der Ausweitung auf andere Weltregionen: Naher Osten, Hinterindien, China – die »Stellvertreterkriege«?

- In wie weit können wissenschaftliche Erklärungsmuster herangezogen werden?
- Welche theoretischen Ansätze für Bewusstseins- und Stereotypbildung bieten sich an?⁸⁵
- In wie weit erfolgen Problematisierungen der Funktionalität des »Kalten Krieges«?
- Ist die zeitgeschichtliche Abbildung vollständig erfolgt oder haben Historiker Lücken hinterlassen?
- Ist die notwendige Erfassung durch die Sozialwissenschaften, die Medizin – auch die Theologie – hinreichend erforscht?
- Welche positiven und beispielhaften Ansätze gab es in der westdeutschen Gesellschaft?
- Wie ist die Abkehr in Staat und Gesellschaft institutionalisiert worden?

In den genannten Ansätzen soll der Schwerpunkt der Betrachtung darauf liegen, was aus didaktischen Gründen in der Oberstufe der Schule⁸⁶ bearbeitet werden kann. Manche Fragen können im Folgenden angerissen aber nicht anschließend untersucht werden. Die Überlagerungen sollen dazu dienen, die Notwendigkeit weiterer Beschäftigung sowie Auseinandersetzung mit der Materie zu legitimieren und zu provozieren.

85 Es ist dabei zu denken z. B. an Theodor Adorno: Erziehung nach Auschwitz, (ein vielfach abgedruckter und zitierter Aufsatz); Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Frankfurt/M. 1954; Norbert Elias: Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes. Frankfurt/M. 1985; Norbert Elias / John L. Scotson: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/M. 1993; Peter R. Gleichmann: Sind Menschen in der Lage, vom gegenseitigen Töten abzulassen? Zum Verflechten von Militarisierungs- und Zivilisationsprozessen. In: Jürgen Seifert u. a.: Logik der Destruktion. Diskussionsbeiträge des Institutes für Politische Wissenschaft Hannover. Frankfurt/M. 1992. S. 89 – 120; Peter R. Gleichmann: Sind Menschen in der Lage, vom gegenseitigen Töten abzulassen? in: FOCUS MUI.10. Heft 1 (1993).

86 Gemeint ist die Oberstufe der Gymnasien und Gesamtschulen. In der Reformära wurde sie als Kollegstufe oder Kursstufe benannt. Auf Neudeutsch-niedersächsisch soll sie jetzt Qualifikationsphase heißen. Ob das Leistungsniveau dadurch weiter angehoben werden kann, mag dahingestellt bleiben.

10.2. Didaktische Fragen zur Behandlung im Unterricht oder in Seminaren

Als didaktischer Einstieg oder zur Überleitung einer Diskussion in Seminaren oder dem Oberstufenunterricht eignen sich folgende Fragen und Thesen:

- Didaktische Fragen zur Behandlung im Unterricht oder in Seminaren
Warum ist es nicht möglich, *separat* über den Antifaschismus (in der SBZ und der »Trizone«⁸⁷ zu sprechen?
- Warum ist ein »Vergleich« kaum möglich?
- Warum hat der Antifaschismus in Westdeutschland keine reale Chance gehabt zur Entfaltung?
- Was ist überhaupt Antifaschismus bzw. wer definiert ihn?
- Welche überlagernde Bedeutung hat der »Kalte Krieg« – hat er eine bestimmende Funktion?
- Warum tun sich »Wissenschaftler« und »Politikdidaktiker« schwer damit – fünfzehn Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten?
- Warum ist die Problematik während der Nachkriegszeit in Westdeutschland, insbesondere nach Gründung der BRD in spezifischer Weise »verdrängt« worden?
- Ist im Umkehrschluss in der SBZ/DDR wg. des Antifaschismus »mehr« Bewältigung erfolgt?
- Warum hat es in der DDR eine Zentralbedeutung gehabt auf der gesamten Zeitachse bis 1990?
- Welche Interdependenzen ergaben sich in dem gesamten Zeitraum bis 1990?
- In wie weit erfolg(t)en Funktionalisierungen seit 1990?
- In wie weit kann die Problematik als historische Entität begriffen werden?
- In wie weit kann sie als Phase eines Prozesses der deutschen Gesellschaft begriffen werden, der auf der Zeitachse des 19. Jahrhunderts beginnt?

87 Die westlichen Besatzungszonen wurden am 1. Januar 1947 zur gemeinsamen Wirtschaftszone als »Bizone« (amerikanisch/britisch) zusammengeschlossen, und danach durch Beitritt der frz. Zone zur »Trizone« erweitert.

- In wie weit sind *Mythenbildung* und *Legendenkonstrukte* bedeutungsrelevant?
- Welche Bedeutung hat die *Nichtkongruenz* in der Beurteilung dieser Phasen der deutschen Gesellschaftsgeschichte in den entsprechenden Segmenten der Wissenschaft beider Staaten?
- Welche politischen Implikationen sind dabei definitionsrelevant?
- Wer entscheidet über *Auslassungen* und *Hervorhebungen* in der *Darstellung* und *Bewertung* der vorliegenden Sachverhalte und Taten?
- Was können Wissenschaftler und Didaktiker leisten, damit sie in höchst möglichem Maße die Prinzipien von *Distanziertheit* gegenüber dem Gegenstand, *Korrektheit* der Darstellung, *Widerständigkeit* gegenüber gruppenspezifischen Machtansprüchen erfüllen?
- In wie weit ist das heutige innergesellschaftliche Spannungsfeld Ausdruck unzureichend geklärter Historie bzw. unbewältigter Vergangenheit?
- Wie ist der gegenwärtige »Schmutz« im braunen »Sumpf« zu bewerten und welche Reaktionen und Taten sind angemessen?
- Warum wählen diese Leute für ihre propagandistischen Auftritte Orte, an denen die primären Adressaten sehr empfindlich reagieren auf Grund hoher Sensibilität und vorliegender Verletztheit? (Leipzig, Dresden)

Ein anderer Zugang zur Problematik stellt eine mögliche Analyse der Geschichtsbücher der fünfziger Jahre dar. Das Fach Politik existierte damals noch nicht. Ansätze wie »Der Überfall auf Polen« bzw. auf »Russland 1941« fehlen in der Regel, ebenfalls die Verfolgung und Vernichtung von Juden und anderen Bevölkerungsgruppen oder der polnische Holocaust. Man spricht 1957 z. B. noch von dem »grausigen Versuch«, nicht der Ausführung!⁸⁸

88 Vgl.: Es gibt keine reine Lehre: Die Geschichtsschreibung unterliegt dem Zeitgeist. In: »Hannoversche Allgemeine Zeitung« Nr. 99 vom 29. April 2005. S. 23. Das Georg-Eckert-Institut betreibt gegenwärtig vergleichende Studien der Schulbücher zur vorliegenden Problematik.

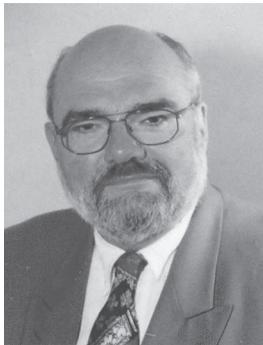
10.3. Zusammenfassende Thesen

1. Das historische Phänomen der »Nichtbewältigung« ist konstatierbar und ableitbar.
2. Der zunächst vorhandene und sich bald abbauende Antifaschismus in Westdeutschland (bereits in den Westzonen) ebenfalls.
3. Durchaus kontrovers gesehen werden kann der Ansatz, ob der »Kalte Krieg« als Ursache oder ggf. als bestimmende Größe für die (negative) Stereotypbildung anzusehen ist.
4. Die innergesellschaftlichen Spannungsbeziehungen *außen* benötigen und erzeugen den »Kalten Krieg« zugleich.
5. Dieser Zusammenhang ist in der Historiographie unzureichend untersucht, wenn nicht gar anathematisiert worden.
6. Die These einer Wechselbeziehung zwischen »Kaltem Krieg« und innergesellschaftlichen Machtkämpfen greift dabei bezüglich einer Erklärung des »Kalten Krieges« zu kurz und ist unzureichend.
7. Generell ist festzustellen: Jeweils aktuellen und temporär eingrenz-
baren Phasen ist immanent, dass sie Methoden ihrer Auseinandersetzungen als Erscheinungsformen innehaben und allen Ebenen zuordnen.
8. Das Zentralproblem einer Gesellschaft ist der zivilisatorische Standard⁸⁹ als Voraussetzung zur Entwicklung aller Erscheinungsformen.
9. Ethisch verwerflich ist eine abgestufte oder gar schrankenlose Anwendung von Gewaltformen auf physischer, materieller und psychischer Ebene.
10. Die bisher genannten und einbezogenen Gesellschaften verfügten eingeschränkt über zivilisatorische Standards. Auf dieser Grundlage kommt es zu Gewaltausübungen und Exzessen.⁹⁰
11. Die genannten Thesen bedeuten eine erhebliche Relativierung vieler Meinungsbilder und Einschätzungen – die eigenen eingeschlossen.

89 Ausdruck dessen ist z. B., dass die Ausbildung der Rekruten der Bundeswehr ausdrücklich einschloss, dem Völkerrecht und den Menschenrechten widerstrebende Befehle nicht auszuführen. Man lege Wert darauf, nicht von einem *Feind* zu sprechen, sondern vom *potenziellen Gegner* – dieses in Kenntnis dessen, dass die NVA in ihrer Ausbildung auf einem klaren Feindbild basierte.

90 Man denke z. B. an China: »Gehirnwäschen«, physische und psychische Folter an Kriegsgefangenen im »Korea-Krieg«; die Brutalität maoistischer Machtausübung, die ohne jegliche Rücksichtnahme viele Millionen Opfer forderte; dann die weiterhin erkennbare Rücksichtslosigkeit auf vielen Ebenen in China.

Über den Autor



Lothar Nettelmann, Dr. phil., Jahrgang 1947. Oberstudienrat an der Bismarckschule Hannover. In den neunziger Jahren Lehrauftrag an der Universität Hannover im Bereich Politische Bildung und Forschungstätigkeit als Promotionsvorhaben. Langjährige Vorstandsarbeit in der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover e.V. und dem Verband der Politiklehrer. Mehrfach Organisation und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zur Politischen Bildung sowie Einzelvorträge.

Arbeitsschwerpunkte: Didaktik der Politischen Bildung, Polen, Zivilisationstheorie

Veröffentlichungen u. a.:

- ODNOWA – Der Versuch einer Erneuerung 1980-1981. Dokumentation. Dortmund 1982.
- Polen. Nation ohne Ausweg? (gemeinsam mit Gerhard Voigt). München 1986.
- Polnische Intellektuelle und Arbeiter 1980/81. Hannover 1997.
- Das Wirken für Demokratie und Zivilität. Zur politischen Dimension »unpolitischer« Vereinigungen. In: Niedersachsen im deutsch-polnischen Verständigungsprozess. Heft 34 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages zu Themen, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind. Hannover 1999. S. 92–96.

- Polska droga ku wolności. Spojrzenie niemieckiego publicysty. Instytut Zachodni Poznan 2001.
- »Europäische Umbrüche in deutsch-polnischer Perspektive. Reflexionen zur Entwicklungsdynamik in Mitteleuropa« (als Herausgeber). Hannover 2001. Schriftenreihe des UNESCO-Club für die UNESCO-Schule am Maschsee. Bismarckschule Hannover. Sonderheft 1/2001.
- Transformation in Osteuropa. In: Politik Unterricht Aktuell. Heft 1-2. Hannover 2001. S. 2–13.
- Polen – eine Nation in der Krise? Überlegungen zur Analyse der Problemsituation einer mittel-osteuropäischen Gesellschaft auf dem Wege zur Modernisierung. In: Bernhard Claußen / Wolfgang Donner / Gerhard Voigt (Hrsg.): Krise der Politik – Politische Bildung in der Krise? Glienicke, Cambridge 2001. S. 133–148.
- Die »Wende« – provokative Bemerkungen zur politischen Problematik und didaktischen Brisanz der Wahrnehmung, Bewertung und Bewältigung sozio-ökonomischer Transformationsprozesse (gemeinsam mit Gerhard Voigt). In: Bernhard Claußen / Susann Zschieschang (Hrsg.): Politik – Bildung – Gesellschaft. Glienicke, Cambridge 2002. S. 629–646.

Kontakt: Lotharnettelmann@googlemail.com

